

JET-SET

Die Einführung von Emissionshandelssystemen als sozial-ökologischer Transformationsprozess

Joint Emissions Trading as a Socio-Ecological Transformation

„Den Spatz in der Hand“

Die öffentliche Wahrnehmung flexibler Klimaschutzinstrumente:
Emissionshandel in Deutschland

Ralf Schüle, Anja Lehmann, André Moritz, Marcel Braun
(unter Mitwirkung von Stefan Görlitz)

Arbeitspapier IVb/05

JET-SET 

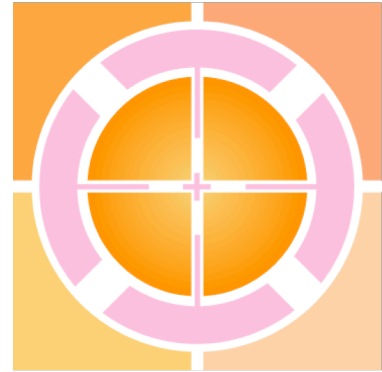
ist ein Verbundvorhaben im Rahmen der
BMBF-Förderinitiative „Sozial-ökologische Forschung“



gefördert vom

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung





JET-SET

Die Einführung von Emissionshandelssystemen als sozial-ökologischer Transformationsprozess

Joint Emissions Trading as a Socio-Ecological Transformation

Wissenschaftszentrum
Nordrhein-Westfalen
Institut Arbeit
und Technik



Kulturwissenschaftliches
Institut
Wuppertal Institut für
Klima, Umwelt, Energie
GmbH



Dr. Ralf Schüle (*Koordination*)
Dipl. Vw. Christiane Beuermann
Dipl. Umw. Wiss. Bernd Brouns
Dipl. Soz. Tilman Santarius
Wolfgang Sterk, M.A.
Dipl. Geogr. Renate Duckat
Marcel Braun, M.A.
Dr. Hermann E. Ott
Prof. Dr. Joseph Alcamo
Dr. Janina Onigkeit
Dipl. Vw. Niels Anger
Prof. Dr. Christoph Böhringer
Dr. Ulf Moslener
Dipl. Wi.-Ing. Marcus Stronzik
Dipl. Wi.-Ing. Marion Hitzeroth
Dr. Irmgard Schultz
Dr. Immanuel Stieß
Dipl. Ing. Markus Duscha
Dipl.-Ing. Hans Hertle

ralf.schuele@wupperinst.org
christiane.beuermann@wupperinst.org
bernd.brouns@wupperinst.org
tilman.santarius@wupperinst.org
wolfgang.sterk@wupperinst.org
renate.duckat@wupperinst.org
marcel.braun@wupperinst.org
hermann.ott@wupperinst.org
alcamo@usf.uni-kassel.de
onigkeit@usf.uni-kassel.de
anger@zew.de
boehringer@zew.de
moslener@zew.de
stronzik@zew.de
hitzeroth@zew.de
schultz@isoe.de
stiess@isoe.de
duscha@ifeu.de
hertle@ifeu.de

Wuppertal, Juni 2005

Inhaltsverzeichnis

1	<i>EINLEITUNG</i>	4
2	<i>VON DER WAHRNEHMUNG VON KLIMARISIKEN ZUR WAHRNEHMUNG VON KLIMASCHUTZINSTRUMENTEN</i>	5
2.1	Öffentliche Wahrnehmung von globalen Klimarisiken	5
2.2	Öffentliche Wahrnehmung von Klimaschutzinstrumenten.....	6
2.3	Öffentliche Wahrnehmung des Emissionshandels	7
3	<i>FORSCHUNGSFRAGEN UND ERHEBUNGSMETHODEN</i>	9
4	<i>RAHMENBEDINGUNGEN</i>	11
4.1	Entwicklung der europäischen Emissionshandelsrichtlinie	11
4.2	Rahmenbedingungen für die nationale Umsetzung	12
4.3	Mediendiskurs	13
5	<i>KENNTNISSE UND EINSCHÄTZUNGEN ZU KLIMAPOLITIK UND EMISSIONSHANDEL</i>	14
5.1	Verständnisse zu Klimawandel und Klimaschutz.....	14
5.2	Internationale Kooperation im Klimaschutz	16
5.3	Kenntnisse über Entwicklung des Emissionshandels in Deutschland.....	17
5.4	Vermutungen über Wirkungen des Emissionshandels.....	19
5.5	Bewertung des Emissionshandels.....	20
5.6	Perspektiven des Emissionshandels	23
5.7	Rolle der Medien.....	24
5.8	Geschlechtsspezifische Dimensionen der Wahrnehmung	25
6	<i>IDEALTYPEN UND STORYLINES</i>	27
7	<i>ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN</i>	30
8	<i>LITERATUR</i>	34
9	<i>ANHANG</i>	37

Das Forschungsprojekt JET-SET

Ausgangsproblem

Die Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls im Jahre 1997 markiert für die Entwicklung und Umsetzung der Klimapolitik in der Europäischen Union und in der Bundesrepublik Deutschland einen wichtigen Meilenstein: Seit diesem Zeitpunkt kommt der Konkretisierung und Einführung sog. flexibler Mechanismen – und hier insbesondere dem Handel mit Zertifikaten für Treibhausgasemissionen (kurz: Emissionshandel) zwischen den Industriestaaten – eine herausragende Rolle zu. Mit der Entwicklung von Emissionshandelssystemen (EHS) wird der in Europa bislang vorwiegend ordnungsrechtlich ausgerichteten Umweltpolitik ein marktwirtschaftliches Instrumentarium hinzugefügt, das in seiner Ausgestaltung auf nationaler Ebene neue gesellschaftliche Chancen und Risiken birgt. Über das Ausmaß der ökologischen, wirtschaftlichen, institutionellen und sozialen Folgewirkungen besteht jedoch weiterhin ein großer Informations- und Forschungsbedarf – und dies, obwohl hierzu bereits eine Reihe wirtschafts- bzw. politikwissenschaftlicher Studien vorliegen. Darüber hinaus besteht sowohl für die sog. 1. Kyoto-Verpflichtungsperiode zwischen 2008 und 2012 als auch für die Phase ab dem Jahre 2012 ein großes Informationsdefizit über die sektorale und geographische Weiterentwicklung des europäischen Emissionshandelssystems.

Das vom BMBF geförderten Projekt „Emissionshandel als ein sozial-ökologischer Transformationsprozess“ (**JET-SET** – **J**oint **E**missions **T**rading as a **S**ocio-**E**cological **T**ransformation) befasst sich mit einer Analyse der Folgewirkungen der Implementierung des Emissionshandels in der EU und in Deutschland.

Zielsetzungen des Gesamtvorhabens

Dem Verbundvorhaben liegt die übergeordnete **Hypothese** zugrunde, dass die Einführung eines europäischen Emissionshandelssystems weit reichende sozial-ökologische Transformations- und Lernprozesse auslöst, die u.a.

- das institutionelle Setting klimapolitischer Maßnahmen auf europäischer und nationalstaatlicher Ebene verändern,
- die Entscheidungsrationitäten und das Marktverhalten von Unternehmen maßgeblich beeinflussen,
- sich auf den öffentlichen Diskurs über – und die öffentliche Wahrnehmung von – (inter-)nationaler Klimapolitik auswirken und die sich schließlich
- auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse auswirken.

In dieser Hinsicht lässt sich die Einführung eines europäischen Emissionshandelssystems als ein Transformationsprozess begreifen, der gleichermaßen soziale und ökologische Dimensionen in ihren Wechselwirkungen umfasst.

Die **Zielsetzungen** des Verbundvorhabens liegen

- in der wissenschaftlichen Begleitung der Einführung eines EHS in der EU und der Bundesrepublik Deutschland,
- in einer integrierten Abschätzung und Bewertung ausgewählter (zu erwartender) ökonomischer, ökologischer und sozialer Folgewirkungen eines EHS,
- in der Formulierung von Empfehlungen für die Ausgestaltung eines künftigen EHS und schließlich in einer
- konzeptionellen und theoretischen Einbettung der Forschungsergebnisse in die interdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung.

Aufbau des Gesamtvorhabens

In der **Struktur des Gesamtvorhabens** spiegeln sich ein *analytisches* und ein *praktisch-politisches Element* sozial-ökologischer Transformationen durch die Einführung eines europäischen Emissionshandelssystems wider:

Eine **erste Projektphase** befasst sich in analytischer Perspektive mit den sich gegenwärtig abzeichnenden, durch ein europäisches EHS ausgelösten Transformationsprozessen. Entsprechend der Zielsetzungen befassen sich die Basisprojekte (BP) 1-4

- mit Transformationen der institutionellen Rahmenbedingungen im Bereich der europäischen Klimapolitik (BP 1),
- mit der Veränderung von Unternehmensstrategien (BP 2),
- mit der Veränderung von Diskursen und öffentlicher Wahrnehmung von Klimapolitik (BP 3)
- und mit Landnutzungsänderungen am Beispiel von Energiepflanzen (BP 4).

Weitere Bausteine liegen in der Entwicklung einer integrierten Forschungsperspektive für das Gesamtprojekt bzw. in der Sondierung von Gender-Aspekten internationaler Klimapolitik.

Die **zweite Projektphase** befasst sich mit den Potenzialen und Risiken einer Vernetzung des EU-Emissionshandelssystems mit anderen entstehenden Emissionshandelssystemen in Nicht-EU-Staaten und unternimmt eine integrierte Abschätzung und Bewertung dieser möglichen strategischen Verknüpfung von Systemen. Dabei werden folgende Fragestellungen bearbeitet.

- (1) Welche Länder planen momentan den Aufbau eines nationalen CO₂-Emissionshandelssystems? In welchen zeitlichen Dimensionen werden diese nationale Handelssysteme aufgebaut?
- (2) Welche ökonomischen Wirkungen (Kosten, Zertifikatepreis) lösen verschiedene Alternativen („storylines“) der Verknüpfung des EU-Systems mit anderen nationalen Systemen aus?
- (3) Können anspruchsvolle Emissionsreduktionsziele mit Hilfe der Verknüpfung von Emissionshandelssystemen für die Phase nach 2012 erreicht werden?
- (4) Welche institutionellen und prozeduralen Anforderungen müssen erfüllt sein, um potentielle Verknüpfungen verschiedener Emissionshandelssysteme zu ermöglichen?

Die Fragestellungen werden in vier Querschnittsprojekten behandelt:

- Querschnittsprojekt 1: Modelle und Politikszenerarien von Vernetzungen
- Querschnittsprojekt 2: Beiträge zu ökologischen Stabilisierungszielen
- Querschnittsprojekt 3: Ökonomische und ökologische Wirkungen
- Querschnittsprojekt 4: Institutionelle und prozedurale Rahmenbedingungen

Rolle dieses Arbeitspapiers im Gesamtvorhaben

Dieses Arbeitspapier wurde im Rahmen des JET-SET-Basisprojektes Wahrnehmung und Diskurs erstellt. Das Basisprojekt befasst sich am Beispiel der Umsetzung der EU-Emissionshandelsrichtlinie in der Bundesrepublik mit der nationalen Dimension des Einführungsprozesses. Ergänzend zur Institutionenanalyse in JET-SET-Basisprojekt 1 Institutionen setzt sich dieses Projekt auf nationaler Ebene darüber hinaus mit politischen Strategien und Interessenlagen ausgewählter beteiligter Akteure auseinander. Dieses Arbeitspapier widmet sich in diesem Zusammenhang der Wahrnehmung und Bewertung von Emissionshandelssystemen im öffentlichen Bewusstsein.

1 Einleitung

Mittlerweile gehört es zum *common sense* einer sozialwissenschaftlichen Umwelt- und Klimaforschung, den Deutschen im internationalen Vergleich ein hohes Maß an Umweltbewusstsein zuzusprechen (Kuckartz/Rheingans-Heintze 2004). Doch geht dieses ausgeprägte Umweltbewusstsein auch einher mit einer Kenntnis und einem Wissen über Instrumente des Umweltschutzes, ihrer Wirkungsansätze und Funktionsprinzipien? Bereits die Ergebnisse einer entsprechenden Studie zur Öko-Steuer-Diskussion legten große Wissensdefizite in der Öffentlichkeit frei (vgl. Beuermann/Santarius 2002).

Eine Analyse der öffentlichen Wahrnehmung ist aus mehreren Gründen interessant: *Erstens* vollzieht sich mit dem Instrument ein Wandel von überwiegend fiskalisch oder ordnungspolitisch ausgerichteten Klimaschutzinstrumenten hin zu Markt basierten *cap and trade* Systemen. *Zweitens* zeichnet sich mit der Evaluation der Emissionshandelsrichtlinie im Jahre 2006 eine Perspektive ab, den Emissionshandel in geografischer Hinsicht zu erweitern, entstehende nationale Systeme in Nicht-EU-Staaten mit dem europäischen Emissionshandelssystem zu vernetzen und ggf. sektoral zu erweitern.

Die vorliegende Studie geht mehreren übergreifenden Forschungsfragen nach: Wie ist der Informationsstand der Bundesbürger zum Instrument des Emissionshandels einzuschätzen? Wie wird das Instrument ins Bewusstsein aufgenommen? Auf welche Legitimation und soziale Akzeptanz trifft das Instrument? Welche politischen Schlussfolgerungen werden von Bundesbürgern daraus geschlossen?

Übersicht über das Paper

Kapitel 2 skizziert einen Prozess nach, der in der empirischen Wahrnehmungsforschung von Studien über die Wahrnehmung globaler Klimaveränderungen zu Studien über die Wahrnehmung von Klimaschutzinstrumenten führt. Das anschließende Kapitel 3 dokumentiert die Forschungsfragen und Erhebungsmethoden, während Kapitel 4 die Rahmenbedingungen des Einführungsprozesses skizziert. Kapitel 5 und 6 sind die eigentlichen empirischen Kapitel: erstes unternimmt eine *horizontale* Auswertung der durchgeführten Interviews und Fokusgruppen nach spezifischen inhaltlichen Fragestellungen, letzteres eine vertikale Auswertung über die Bildung konsistenter Argumentationsmuster. Ein abschließendes Kapitel 7 fasst die empirischen Ergebnisse zusammen und formuliert Schlussfolgerungen in forschungsstrategischer und praktisch-politischer Hinsicht.

2 Von der Wahrnehmung von Klimarisiken zur Wahrnehmung von Klimaschutzinstrumenten

2.1 Öffentliche Wahrnehmung von globalen Klimarisiken

In der Analyse der Entstehung und Veränderung von Normen sahen Rosa und Dietz (1999; siehe auch: Jaeger et al. 2001) eine wichtige Grundlage einer sich zunehmend etablierenden sozialwissenschaftlichen Klima- und Risikoforschung. In dieser Forschungslinie war ein wichtiger Meilenstein die Anfang der 1990er Jahre durchgeführte Gallup-Studie von Dunlap (1998), da sie im Rahmen eines internationalen Vergleichs erstmalig aufzeigen konnte, dass sich in der „Weltrisikogesellschaft“ ein öffentliches Bewusstsein über globale Klimaveränderungen herausgebildet hat. Dies variierte zwar in einzelnen Ländern, das Phänomen konnte jedoch in allen untersuchten Ländern empirisch beobachtet werden. Die darauf aufbauende empirische Umweltsoziologie konnte im Anschluss daran die Analyse von Einzelementen dieses Bewusstseins vertiefen¹. Einerseits wurde in qualitativen Studien versucht, Wahrnehmungsmuster von globalen Klimaveränderungen in übergreifende kulturelle Verständnisse des Verhältnisses von Natur und Gesellschaft einzubetten (Kempton et al. 1995, Thompson/Rayner 1998; Thompson 1997). Andererseits lag ein Schwerpunkt der Analyse bei der Herausarbeitung kognitiver Differenzen zwischen Wahrnehmungsmustern von Experten und Laien (Wynne 1996).

Für den bundesdeutschen Kontext liegen mehrere Studien vor, die sich mit der öffentlichen Wahrnehmung globaler Klimaveränderungen befassen. Folgende Ergebnisse lassen sich festhalten:²

- Klimawandel wird als ein Risiko mit großen negativem Wirkungspotential auf globaler und regionaler Ebene betrachtet, wenngleich nur ein geringer Teil der Bevölkerung sich auch in Zukunft von möglichen Folgewirkungen persönlich betroffen fühlt (Zwick 2001; Schüle 2001; Allensbach 2004);
- Die Einschätzung über die Reichweite globaler Klimaveränderungen variiert signifikant mit demographischen Faktoren, wie Bildung, Einkommen, Alter, Geschlecht, kulturelle Herkunft, Bevölkerungsdichte (Stadt-Land) und Familienstand (Citlak/Kreyenfeld 1999; siehe auch: Schultz et al. 2005);
- Die Hauptursachen für globale Klimaveränderungen werden vorwiegend in der industriellen Produktion gesehen. Eine Eigenverantwortung wird nur in geringem Maße eingeräumt (Citlak/Kreyenfeld 1999, S. 29, Schüle 2001)

¹ Eine Übersicht findet sich in Schüle 2001a.

² Siehe auch die Übersicht in: Schultz et al. 2005.

- Weiterhin wird ein großer Handlungsbedarf konstatiert (Allensbach 2004), der zentrale Impuls wird allerdings aus der Industrie selber oder durch stärkere staatliche Aktivitäten erwartet (Citlak/Kreyenfeld 1999).
- Studien in England und Italien heben als zentrale Voraussetzung eines angemessenen Managements globaler Klimaveränderungen die Bedeutung von Vertrauen in Institutionen hervor (Lorenzoni/Langford 2002, Wynne 1996).

2.2 Öffentliche Wahrnehmung von Klimaschutzinstrumenten

Die Analyse der öffentlichen Wahrnehmung von Klimaschutzinstrumenten spielte in der sozialwissenschaftlichen Umwelt- und Klimaforschung bisher eine nur sehr untergeordnete Rolle. Im bundesdeutschen Kontext sind z.B. nur wenige Studien verfügbar, die sich mit der Wahrnehmung und Bewertung derartiger Instrumente in der Öffentlichkeit befassen. Die wenigen Ausnahmen konzentrierten sich entweder auf die soziale Akzeptanz für regenerative Energieträger (Kuckartz 2000; dena 2003) oder die Analyse von Kenntnissen und Einschätzungen über die Ökosteuer (Beuermann/Santarius 2002). Insbesondere die Fokusgruppenstudie PETRAS (2005), in der Laien im Rahmen von Fokusgruppen in fünf europäischen Ländern (England, Dänemark, Deutschland, Irland, Frankreich) über ihre Kenntnisse und ihre Bewertungen zur Ökosteuer befragt worden sind, kommt zu interessanten Ergebnissen:

- Das Bewusstsein von – und die Kenntnis um – die ökologische Steuerreform ist im *internationalen Vergleich* in Deutschland wesentlich stärker als in anderen Ländern ausgeprägt;
- Der „*double dividend*“-Effekt ist den Befragten entweder wenig bekannt (insbesondere Deutschland und Dänemark) oder wird in seiner Funktionsfähigkeit gar in Frage gestellt (siehe auch: Deutsche BP AG 2004);
- Es fehlt in allen Ländern ein politisches *Vertrauen* über die Verwendung von Ökosteuern. Zudem zeigen sich die meisten Befragten nicht bereit, für Klimaschutz auf diese Weise zu bezahlen;
- In allen Ländern verbinden die Befragten mit dem Begriff der ökologischen Steuerreform eine *negative Konnotation*, insbesondere werden Wettbewerbsnachteile der Industrie im internationalen Wettbewerb befürchtet.

Die Ökosteuer in Deutschland löst jedoch offensichtlich die intendierten Wirkungen aus: Für verhaltensbezogene Aktivitäten wie den Stromverbrauch, das Heizverhalten in der Wohnung und das individuelle Mobilitätsverhalten kann eine Studie von Ecologic und dem DIW (2004) nachweisen, dass das Instrument für etwa die Hälfte der Befragten eine *starke* oder *sehr starke Motivation* darstellt, durch entsprechende Maßnahmen (z.B. vollständiges Ausschalten e-

lektronischer Geräte, Ausschalten der Heizung bei Abwesenheit oder Änderung des Fahrverhaltens) den Energieverbrauch im Haushaltsbereich zu senken.³

2.3 Öffentliche Wahrnehmung des Emissionshandels

Lediglich eine bundesdeutsche Studie setzt sich mit der öffentlichen Wahrnehmung des Emissionshandels innerhalb der deutschen Bevölkerung auseinander⁴. In einer repräsentativen Befragung von knapp über 2.000 Bundesbürgern untersuchte die TNS Emnid Ende 2004 im Auftrag der Deutschen BP AG den Wissensstand in Deutschland bezüglich des Kyoto-Protokolls, der Öko-Steuer und des Emissionshandels (Deutsche BP AG 2004). Neben Informationsdefiziten über die Funktionsweise der Ökosteuer legt die Studie auch erhebliche Wissensdefizite über das Kyoto-Protokoll und den europäischen Emissionshandel offen. Immerhin war für etwa die Hälfte der Befragten das Kyoto-Protokoll ein bekannter Begriff, nur etwa ein Drittel hatte allerdings schon einmal etwas vom Emissionshandel gehört – und dies obwohl die Diskussion um den deutschen Nationalen Allokationsplan (NAP) im Frühjahr 2004 in den Medien ausführlich thematisiert wurde. Nur einem Viertel der Befragten war das Konzept der nachhaltigen Entwicklung bekannt.

Was den Wissensstand über den europäischen Emissionshandel und die europäische Emissionshandelsrichtlinie betrifft, so konnte die Studie unterschiedliche Vorstellungen über das Instrument offen legen.

„So weiß, bezogen auf die Gesamtbevölkerung, nur knapp jeder Zwanzigste, dass es sich beim Emissionshandel heute um den Handel von Unternehmen mit Zertifikaten für die Emission handelt. Ein etwas größerer Anteil geht fälschlicherweise davon aus, dass Staaten mit diesen Rechten handeln. Nach den erwarteten Auswirkungen des Emissionshandels befragt, halten sich bei den Bürgern Ängste und Hoffnungen in etwa die Waage.“ (Deutsche BP AG 2004, S. 5)

Sehr heterogen fielen auch die Antworten auf die Frage nach den Erwartungen an den Emissionshandel und den erwarteten Auswirkungen des Emissionshandels aus, nachdem den Befragten zuvor der Begriff Emissionshandel und seine Definition erläutert wurden:

³ Neben der Befragung privater Haushalte unternahm die Studie auch eine Analyse der Wahrnehmung des Instruments in 16 ausgewählten Unternehmen, die von der Ökosteuer profitieren. Die Teilstudie kommt zu dem Schluss, dass eine Vielzahl der befragten Unternehmen nicht nur eine Fortführung der Ökologischen Steuerreform befürwortet, sondern eine Ausweitung des Instruments wünscht, denn: eine höhere Besteuerung der Energie – verbunden mit einer weiteren Senkung der Lohnnebenkosten – könnte in der Wahrnehmung der befragten Unternehmen zu weiteren Gewinnen führen.“ (Ecologic/DIW 2004)

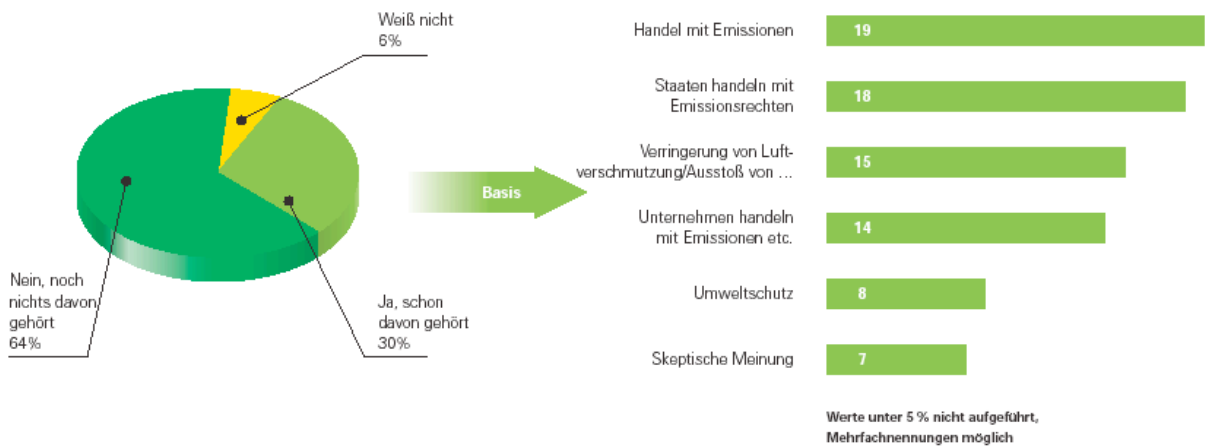
⁴ Im März 2002 haben Ott und Santarius (2002) eine Umfrage unter energieintensiven Unternehmen zu deren Kenntnissen über den europäischen Emissionshandel durchgeführt.

In seiner Studie über die öffentliche Wahrnehmung des Emissionshandels in den USA beschreibt Leiserowitz (2003) den Einfluss politischer Orientierungen auf die Wahrnehmung des US-amerikanischen (SO₂-)Emissionshandelssystems.

„51% glauben, Emissionshandel werde zu sauberer Luft führen. 43% befürchten aber auch höhere Energiepreise und 37% mehr Bürokratie. Insgesamt zeigen sich sehr differenzierte Meinungen auf mittlerem Antwortniveau: Die Bevölkerung sieht die Chancen, verbindet aber auch Ängste mit den anstehenden Neuerungen. Gut ablesbar ist dieses beispielsweise bei den beiden folgenden Aspekten, die relativ gesehen von eher wenigen Befragten erwartet werden: 22% gehen davon aus, dass der Emissionshandel Deutschland Arbeitsplätze kosten wird – aber 19% können sich eine Stärkung der deutschen Wirtschaft vorstellen.“ (ebd., S. 14).

Abb. 1.: Bekanntheit des Begriffs „Emissionshandel“

Bekanntheit: Emissionshandel
Ungestützte Nachfrage



Frage: Haben Sie schon einmal den Begriff „Emissionshandel“ gehört?
Was verbinden Sie mit dem Begriff „Emissionshandel“?

Quelle: Deutsche BP AG 2004, S. 13.

3 Forschungsfragen und Erhebungsmethoden

Eine qualitative Studie kann in dieser Diskussion folgenden Beitrag liefern:

- Ausloten der sozialen Akzeptanz des Instruments
- Lokalisierung von Motivationen und Normvorstellungen
- Unterbreitung von Vorschlägen für Öffentlichkeitsarbeit und Information
- Strukturierung weiteren Forschungsbedarfs

Dem Paper liegen zwei Studien zu Grunde (Lehmann 2004; Moritz 2004), in denen qualitative Methoden der Daten- und Informationserhebung angewandt worden sind: Einzelinterviews und Fokusgruppen.

Die Grundlegenden **Forschungsfragen** sind:

- In welcher Weise ist das Instrument des Emissionshandels in der Bevölkerung bekannt?
- Wo gibt es Verständnisprobleme, Unsicherheiten und Wissenslücken?
- Welche Wirkungen werden mit der Einführung des Emissionshandels vermutet?
- In welcher Weise wird die Einführung des Emissionshandels bewertet?
- Wo werden individuelle Handlungsmöglichkeiten wahrgenommen?

Für die **Generierung von Daten und Informationen** führte Lehmann (2004) insgesamt 15 teilstandardisierte qualitative Interviews mit Laien durch, Moritz (2004) insgesamt vier Fokusgruppen, ebenso mit Laien. Beide Arbeiten sind im Kontext des JET-SET-Projektes entstanden. Der Zeitrahmen der Erhebungen erstreckte sich von März bis Oktober 2004, der Phase des Einführungsprozesses also, in der die Diskussionen um den Nationalen Allokationsplan und die entsprechenden Gesetzgebungsverfahren (TEHG und Zuteilungsgesetz 2007) in den öffentlichen Medien präsent waren.⁵

Folgende **Hypothesen** strukturieren das Erkenntnisinteresse in dieser Studie:

- (1) Einem Großteil der Befragten ist das Funktionsprinzip des europäischen bzw. deutschen Emissionshandelssystems (cap and trade, kostenlose Ausgabe von Emissionsberechtigungen, Beginn der Handelsaktivitäten etc.) nicht bekannt.
- (2) Einem Großteil der Befragten ist der Zusammenhang der internationalen Klimaverhandlungen (Kyoto-Protokoll) mit dem europäischen Emissionshandelssystem nicht bekannt.

⁵ Weitere methodische Grundlagen im Anhang.

- (3) Die Funktionsfähigkeit des Emissionshandelssystems wird aus einem geringen Vertrauen in Regierung und betroffene Unternehmen in Frage gestellt.
- (4) Ordnungspolitische Instrumente werden als effektiver und effizienter als marktwirtschaftliche Instrumente angesehen.
- (5) Es existieren große Vorbehalte gegenüber der Dramaturgie der Informationsvermittlung durch die Medien.

Die **Datenauswertung** erfolgt in zwei Schritten:

- In einer horizontalen Analyse wird das Datenmaterial nach Einzelthemen analysiert. Folgende Elemente zum Klimaschutz und Klimaschutzinstrumenten werden unterschieden: Verständnisse zu Klimawandel und Klimaschutz, Internationale Kooperation, Emissionshandel in Deutschland, Vermutungen über Wirkungen, Bewertung des Instruments, Perspektiven des Emissionshandels, Rolle der Medien und geschlechtsspezifische Aspekte.
- In einer anschließenden vertikalen Analyse werden aus diesen Elementen in Anlehnung an die Idealtypenmethodologie von Max Weber (1988/1922) in sich konsistente, idealtypische Argumentationstypen und Mentalitätsmuster zum Instrument des Emissionshandels gebildet.

4 Rahmenbedingungen⁶

4.1 Entwicklung der europäischen Emissionshandelsrichtlinie

Im Vorfeld der Darstellung der öffentlichen Wahrnehmung des Emissionshandels dokumentiert dieses Kapitel den zur Erhebungsphase erreichten Stand der Diskussion der Umsetzung und Implementierung des Emissionshandelskonzeptes auf dreierlei Ebenen: aus der europäischen und nationalen Ebene wie auf der Ebene des Mediendiskurses.

Kyoto-Prozess und europäische Emissionshandelsrichtlinie

Die europäische Union hat sich im Rahmen des Kyoto-Prozesses zu einer gemeinsamen Emissionsminderung von acht Prozent gegenüber 1990 verpflichtet. Im Rahmen des sogenannten *burden sharing agreements* wurde diese Verpflichtung durch einen Beschluss des Europäischen Rates auf die einzelnen Mitgliedsstaaten verteilt – Deutschland verpflichtet sich daher zu einer Emissionsminderung um 21 Prozent (vgl. EU-KOM 1999, Annex 1).

Bereits im Juni 1998 sprach die EU-Kommission im Rahmen einer „EU-Strategie nach Kyoto“ von der Möglichkeit, einen innergemeinschaftlichen Zertifikathandel einzurichten. In dem im März 2000 vorgestellten Grünbuch zum Handel mit Treibhausgasemissionen in der Europäischen Union wird ein Emissionshandelssystem als „integraler und wesentlicher Bestandteil der gemeinschaftlichen Strategie zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls“ (EU-KOM 2000, S. 4) bezeichnet.

Anregungen aus dem Grünbuch wie auch aus dem sich an dessen Veröffentlichung anschließenden Konsultationsprozess mündeten schließlich in einen konkreten Entwurf einer EU-Richtlinie zur Einführung eines Emissionshandels (EU-KOM 2001), der am 23. Oktober 2001 vorgelegt wurde. Bis zur endgültigen Verabschiedung der „Richtlinie über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten“ (RL 2003/87/EG) am 13. Oktober 2003 vergingen noch fast zwei Jahre mit intensiven Beratungen; auf Eckpunkte einigten sich die EU-Umweltminister aber bereits im Dezember 2002.

Erfasst werden im Rahmen des europäischen Emissionshandels CO₂-emittierende **Anlagen** wie z.B. Anlagen der Energieumwandlung (Kraftwerke, Heizkraftwerke, Heizwerke, Gasturbinenanlagen, Raffinerien, Kokereien), Anlagen der Eisenmetallerzeugung und -verarbeitung (Schmelzen, Hütten) und Anlagen in der Mineral verarbeitenden Industrie (Glashütten, Zementwerke etc.), die eine Größe von 20 MW Feuerungswärmeleistung überschreiten. Wäh-

⁶ Eine ausführliche Beschreibung der Rahmenbedingungen des Einführungsprozesses findet sich in Hartmann (2004) und Schüle/Hartmann (2005).

Die Entwicklung der europäischen Emissionshandelsrichtlinie wird im Rahmen eines Mehrebenenansatzes untersucht in Braun/Santarius (2005).

rend in Europa etwa 12.000 Anlagen durch den Emissionshandel erfasst werden, betrifft dies in Deutschland ca. 1.800. Bzgl. der erfassten Emissionsmengen werden in Deutschland durch den Emissionshandel ca. 90 Prozent der Emissionen aus der Energiewirtschaft und der Industrie erfasst, insgesamt 60 Prozent der gesamten bundesdeutschen Emissionen. Auf europäischer Ebene werden rund 46 Prozent der für das Jahr 2010 erwarteten CO₂-Emissionen abgedeckt (vgl. EU-KOM 2001, S. 10). Die dem Emissionshandel unterliegenden Anlagen erhalten eine bestimmte, absolut begrenzte Menge an Zertifikaten nach einem sog. *cap-and-trade*-Modell.

Die Richtlinie sieht zwei Phasen vor: Die erste Periode von 2005 bis 2007 dient insbesondere als Testphase, um dann von 2008 bis 2012 in der ersten Kyoto-Verpflichtungsperiode auch den internationalen Vertragsverpflichtungen gerecht zu werden. Wegen des Pilotcharakters sieht die Richtlinie für die Periode 2005/07 vor, dass mindestens 95 Prozent der Zertifikate kostenlos zugeteilt werden. Emissionen, für die keine Zertifikate vorliegen, werden in der ersten Periode mit einer Sanktion von 40 Euro je Tonne Kohlendioxid belegt; später sind 100 Euro fällig (vgl. RL 2003/87/EG, Art. 16, Abs. 4).

4.2 Rahmenbedingungen für die nationale Umsetzung

Die Umsetzung der Richtlinie erfolgt auf nationaler Ebene. Anhang III der Richtlinie formuliert daher allgemeine Kriterien, denen ein Nationaler Allokationsplan entsprechen muss: Die Gesamtmenge der an die Anlagen verteilten Zertifikate muss in Einklang mit den Verpflichtungen des Kyoto-Protokolls stehen und dabei die Emissionen der übrigen Sektoren berücksichtigen, die dem Emissionshandel nicht unterliegen (Gewerbe, Handel, Dienstleistungen, Verkehr; Haushalte). Einzelne Branchen und Anlagen dürfen nicht bevorzugt werden. Am 7. Januar 2004 veröffentlichte die EU-Kommission eine ergänzende „Anleitung zur Anwendung der in Anhang III aufgeführten Kriterien“ (vgl. EU-Kom 2004a), in der interpretationsbedürftige Begriffe konkretisiert werden.

Trotz der durch die Richtlinie festgelegten zentralen Eckpunkte eines europäischen Emissionshandelssystems verblieben – und verbleiben - auf nationaler Ebene insbesondere im Rahmen der Nationalen Allokationspläne erhebliche Gestaltungsoptionen. Neben der Gestaltung der institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen⁷ muss auf nationaler Ebene etwa in Abgrenzung zu den anderen Sektoren Haushalte, Verkehr und Handel/Dienstleistungen entschieden werden, welches *Emissionsbudget* den durch den Emissionshandel erfassten Anlagen zugeordnet werden soll, welcher *Modus der Erstallokation* der Zertifikate angewandt wird⁸, in welcher Weise modernisierte Anlagen die Zertifikate der alten Anlage übernehmen

⁷ Zu den verschiedenen Varianten der rechtlichen Umsetzung der Richtlinie in ausgewählten Mitgliedsstaaten, siehe Sterk (2005).

⁸ Zur Disposition standen kostenlose Ausgabemodelle etwa nach historischen Emissionen (Grandfathering), nach technischen Standards (Benchmarking) oder gar zu kleinen Anteilen (max. 5% in der ersten EU-Handelsperiode 2005-07) Auktionsmodelle.

können (*Übertragungsregelung*), wie Neuanlagen und Markteinsteiger ausgestattet werden (*Newcomer*), wie Vorleistungen in Emissionsminderungen berücksichtigt werden (Early Action), wie der in der Bundesrepublik geplante Ausstieg aus der Kernenergie mit Zertifikaten kompensiert oder Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung ausgestattet werden sollen.

Die zeitlichen Vorgaben im Jahre 2004 waren folgendermaßen: Nach Vorlage der Nationalen Allokationspläne bei der europäischen Kommission am 31. März 2004 wurden diese bis Jahresmitte 2004 einer Prüfung unterzogen. Der fristgerecht eingereichte bundesdeutsche NAP wurde Anfang Juli 2004 durch die Kommission genehmigt (vgl. EU-KOM 2004b).

4.3 Mediendiskurs

Der Konflikt über die Ausgestaltung des bundesdeutschen Emissionshandelssystems erfolgte in den Medien über eine Polarisierung zwischen Klimaschutzargumenten auf der einen Seite und Argumenten der Wettbewerbssicherung auf internationalen Märkten auf der anderen. Während die Befürworter und Unterstützer des Instruments Argumente wie die Effizienz, Effektivität und Verbindlichkeit des Instruments hervorhoben, überwogen bei den Kritikern des Instruments Arbeitsplatz- und Standortssicherungsargumente sowie Kostenargumente. In der öffentlichen Debatte wurde dieser Konflikt insbesondere in der Phase der NAP-Formulierung als ein personalisierter Konflikt zwischen dem Bundesumweltminister und dem Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit konstruiert.

Die Berichterstattung in den Medien lässt sich in zwei Phasen unterteilen: Phase 1 umfasst den Diskussionsverlauf zwischen der Veröffentlichung des NAP-Entwurfs des BMU am 31.01.2004 und der Übermittlung des NAPs am 31.03.2004 an die europäische Kommission, Phase 2 umfasst hingegen die Phase nach der Verabschiedung des NAP und während der beiden Gesetzgebungsverfahren zum TEHG und ZUG 2007. Während in der ersten Phase die Medien vor allen Dingen vorwiegend den Konflikt zwischen dem BMU und dem BMWA bzw. den beiden Bundesministern Trittin und Clement thematisierten, informierten jene in der 2. Phase vorwiegend über die ausgeführten Regelungen. Zudem berichteten die Printmedien über die Kritik an den erzielten Regelungen und Emissionsreduktionen.⁹

⁹ Ausführlich hierzu: Hartmann 2004 und Schüle/Hartmann 2005.

5 Kenntnisse und Einschätzungen zu Klimapolitik und Emissionshandel

5.1 Verständnisse zu Klimawandel und Klimaschutz

Zur Vorbereitung auf die Diskussion über das Instrument des Emissionshandels wurden die Interviewpartner sowohl in den Einzelbefragungen (im Folgenden als „Int.“ gekennzeichnet) als auch in den Fokusgruppen (FG) über ihre Wahrnehmung von globalen Klimaveränderungen (1), erwartete Folgen des Klimawandels (2) und schließlich über Instrumente des Klimaschutzes und sowie die Rolle der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Klimaschutz (3) befragt.

(1) Bewusstsein über Klimaveränderungen

Bei der Frage nach den Ursachen des Klimawandels waren sich zwar fast alle Befragten bzw. Fokusgruppenteilnehmer einig, dass ein anthropogener Einfluss auf das globale Klima gegeben sei. Erste Wirkungen (extreme Wetterlagen, Stürme etc.) seien bereits gegenwärtig sinnlich erfahrbar. Allerdings werden diese sinnlichen Erfahrungen und Interpretationen von den Befragten teilweise relativiert, da die Verschiebung von Klimazonen auch vor dem Hintergrund eines natürlichen Wandels gesehen wird. Typische Aussagen in diesem Zusammenhang waren:

„Eine Verschiebung der Klimazonen ist halt einfach ein natürlicher Prozess [...] der Status quo des Klimas ist nicht naturgegeben.“ (FG 01/04)

„Wandel ist die einzige Konstante beim Klima.“ (FG 02/04)

„Es gibt gar keine Klimaänderung. Klimawandel und die Gletscher [...] Gletscherforscher sagen, dass ist doch normal, die gehen mal vor und mal zurück.“ (FG 03/04)

„Es ist sicher ein menschlicher Einfluss da, aber es kann sehr wohl auch eine erdzeitliche Schwankung sein, so wie wir Kälteperiode und Wärmeperioden hatten und überlagert natürlich auch unsere Aktivitäten. Aber es nur auf uns zu schieben, das ist die Frage.“ (Int. 08/04)

Beide Interpretationen (anthropogene Verursachung und natürliche Klimaschwankungen) zeigen auf, in welcher Weise die öffentlichen Debatten um Ursachen und Folgen des Klimawandels die Befragten in ihren Einschätzungen verunsichern. Skeptisch wurde in diesem Zusammenhang die „anheizende“ Rolle der Medien bei der Meinungsbildung zu den Ursachen der Erderwärmung erwähnt, hier wurden Assoziationen zu früheren öffentlichen Diskussionen zum Thema Umweltschutz hergestellt (FG 02/04).

(2) Erwartete Folgen globaler Klimaveränderungen

Neben den verschiedenen Einschätzungen zum Ausmaß des menschlichen Einflusses auf den Klimawandel gab es auch mehrere unterschiedliche (aus Expertensicht falsche) Ansichten über die Wirkungszusammenhänge in der Atmosphäre.

„Erderwärmung, hm, zu viele Treibhausgase, und dadurch wird die schützende Gasschicht um die Erde dünner und dann kommen mehr Sonnenstrahlen durch und dadurch schmelzen die Polarkappen, also auch gleichzeitig noch zu viel Wasser. Aber auf jeden Fall durch die zu starke Sonneneinstrahlung.“ (Int. 10/04)

Große Einigkeit herrschte bei den Einschätzungen zu den Folgen des Klimawandels. Neben extremen Wetterverhältnissen, einem Temperaturanstieg auf der Erde (z. B. Int. 07/04) und Katastrophenszenarien von lebensbedrohlichem Ausmaß wurde auch generell die Problematik der globalen Erwärmung thematisiert. Eine Aussage, die in ihrer Intensität jedoch alleine steht, verdeutlicht dies:

„Also wir werden den Klimatod sterben, das steht für mich fest. Nicht wir, wir werden es nicht mehr erleben, ich noch weniger als Sie. Aber wir kommen in die Richtung.“ (Int. 01/04).

(3) Ansatzpunkte für den Klimaschutz in Deutschland

Allgemeine Assoziationen zum Klimaschutz setzen weder an einem definierten Akteur oder einer Akteursgruppe an noch an konkreten Instrumenten, sondern auf einer aggregierten Ebene an „den Menschen“ oder „dem Einzelnen“. Der Zusammenhang von Klimaschutz und der eigenen Lebensführung ist den meisten Befragten sehr bewusst:

„...aber dass man eigentlich (...) spontan nach dem Staat schreit, beispielsweise seine eigenen Gewohnheiten überhaupt nicht umstellt und so.“ (Int. 11/04)

„Dass das Bewusstsein zum Klimaschutz total unterentwickelt ist, das fällt mir sofort ein. Dass die Menschen überhaupt nicht darauf ausgerichtet sind, sich umweltfreundlich oder klimafreundlich zu verhalten...“ (Int. 02/04)

Auf die Frage nach konkreten Ansatzpunkten zum Klimaschutz schlugen die Befragten Maßnahmen im Bereich der eigenen Lebensführung vor: höhere Energieeffizienz, verstärkte Nutzung regenerativer Energiequellen und Einsatz klimaschonender Verkehrsmittel. Staatliche Interventionen sollten auf die Verteuerung Umwelt belastender Technologien und die Subventionierung umweltschonender Technologien zielen. Die Wirksamkeit solcher Maßnahmen wurde höher eingeschätzt, wenn sie gleichzeitig von Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und Beschränkung im Konsumverhalten flankiert würden (FG 01/04; FG 02/04; FG 03/04).

5.2 Internationale Kooperation im Klimaschutz

Deutschland wurde innerhalb der EU und weltweit eine Vorreiterrolle im Klimaschutz zugesprochen. Das Land habe im Vergleich zu anderen Staaten (insbesondere den USA) bereits viele Maßnahmen realisiert und Vorleistungen erbracht. Obwohl die Befragten eine mangelnde Bereitschaft zum Klimaschutz auf individueller und kollektiver Ebene bemängelten, sahen sie sich gleichzeitig als Bürger eines Landes, in dem zum Klimaschutz schon viel bis genug getan worden ist. Weitere nicht international umgesetzte Maßnahmen, so viele Befragte, würden zu keinen merklichen Verbesserungen mehr führen. Andere Länder, vornehmlich die USA, wären nunmehr am Zug, ihre Emissionen zu reduzieren, so die politische Einschätzung in den Fokusgruppen (FG 01/04; FG 02/04; FG 03/04).

(1) Das Kyoto-Protokoll und seine Inhalte

Das Kyoto-Protokoll ist inzwischen zu einem Synonym für globalen Klimaschutz geworden. Das wurde in den Fokusgruppen deutlich, wo fast allen Teilnehmern bekannt war, dass es sich dabei um ein internationales Abkommen zum Schutz des Klimas handelt. Die Kenntnisse über dessen genaue Inhalte und Zielsetzungen waren allerdings breit gestreut. Insbesondere die Definition quantitative Reduktionsziele im Rahmen des Kyoto-Prozesses war den meisten Befragten bekannt, wenngleich nur wenige Personen die Höhe und Verteilung dieser Reduktionsziele auch innerhalb der EU angeben konnte. Der Emissionshandel als Instrument zur Erreichung der Kyoto-Ziele war etwa der Hälfte der Fokusgruppenteilnehmer bekannt. Weitestgehend unbekannt war aber, dass neben dem Emissionshandel noch zwei weitere „flexible Mechanismen“ (der *Clean Development Mechanism* und *Joint Implementation*) zur Erreichung der Reduktionsziele im Protokoll angeführt und dass die vereinbarten Reduktionen im Zeitraum 2008-2012 zu erbringen sind.

Größere Unsicherheiten zeigten sich auch im Wissen über den Stand der Ratifizierung und das Inkrafttreten des Protokolls, die Bedingungen hierfür waren unbekannt (Stand: Sommer 2004). Einigkeit herrschte in der Einschätzung, dass die USA sich am Kyoto-Protokoll nicht beteiligen.

„Ökonomisch hast du natürlich [an einer Kyoto-Teilnahme] kein Interesse (...). Ist super wenn du es nicht machst. Für die USA ist es toll, keine Investitionskosten, keine Beschränkungen, keine Kontrollen...“ (FG 01/04).

(2) Die Wichtigkeit internationaler Kooperation im Klimaschutz

In der Freiwilligkeit der Teilnahme liegt laut Fokusgruppenteilnehmer die größte Schwäche aller internationaler Anstrengungen zum Klimaschutz, obwohl gerade die internationale Kooperation den meisten Erfolg versprache:

„Es bringt natürlich schon, aber was man sich so vorstellt, oder was ich mir so vorstelle kann nur wenn alle zumindest europäischen Länder an einem Strang ziehen würden, erreicht werden.“ (Int. 03/04)

Es sei daher von großer Wichtigkeit, dass sich weitere Länder am Kyoto-Protokoll beteiligen, da sonst kein wirksamer Klimaschutz zustande käme. Das gemeinsame Vorgehen wurde auch auf den Emissionshandel bezogen, der als weltweites Instrument implementiert seine größte Wirksamkeit entfalten würde.

„Aber ich denke, weltweit. Es ist ja sonst wie eine Käseglocke über uns drüber. Naja gut, wenn man die Amerikaner noch an Bord kriegt.“ (Int. 11/04)

5.3 Kenntnisse über Entwicklung des Emissionshandels in Deutschland

Obwohl der Zusammenhang zwischen Reduktionsverpflichtungen und Emissionshandel präsent war und insbesondere in den Fokusgruppen thematisiert wurde, ist der Mechanismus des „EU Burden Sharing Agreements“, in dem die exakten Mengen für die einzelnen europäischen Länder festgelegt wurden, den meisten Teilnehmern unbekannt. Dass Deutschland ein Reduktionsziel von einer „rund 20-prozentigen Minderung“ (FG 03/05) habe, war wesentlich mehr Teilnehmern bekannt, trotz der Unwissenheit über die genaue Entstehung.

Weiteres Wissen über den Zeitplan zur Einführung des Emissionshandelssystems als auch über den Stand der Umsetzung in Deutschland, wie beispielsweise die Verabschiedung des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes, die Einrichtung der deutschen Emissionshandelsstelle oder der Termin für die Zertifikatvergabe, war nicht präsent.

(1) Kenntnisse über Anlage und Prinzip des europäischen Emissionshandels

Nur wenige Teilnehmer sowohl in den Fokusgruppen als auch in den Interviews konnten das Grundprinzip des Emissionshandels erklären. In den Fokusgruppen waren das etwa ein Viertel der Beteiligten (also etwa die Hälfte derjenigen, denen das Instrument schon vorher bekannt gewesen war). Alle Gesprächspartner in den Einzelinterviews räumten ein, dass der Emissionshandel ein komplexer Funktionsmechanismus sei, der in seiner Wirkungsweise nicht im Detail verstanden werde.

„Wenngleich am Schluss jetzt, was jetzt den Emissionshandel betrifft, das ging etwa drunter und drüber am Schluss, da wissen wir jetzt gar nicht, was gilt denn jetzt eigentlich?“ (Int. 08/04)

Die Wirkungsweise bzw. den Klimaschutzbeitrag, den der Emissionshandel zu leisten im Stande ist, sahen einige Teilnehmer in den gesetzten absoluten Reduktionsverpflichtungen. Andere meinten, die Reduktionsleistungen würden weniger durch absolute Begrenzungen der Emissionsmengen, sondern lediglich durch Preissignale erreicht.

„Es soll anregen, wenn er Rechte zukaufen muss, möglichst wenig zuzukaufen, es kostet ihn ja Geld, damit was Effizientes zu installieren,...“ (ebd.)

Der Mechanismus selbst wurde teilweise sehr kritisch gesehen. Die Industrie kauft sich von der Aufgabe frei, ihre Anlagen klimaschutzgemäß zu erneuern. Dass die Reduktionen über einen Preis erreicht werden soll, entspricht in der Wahrnehmung von Befragten nicht der individuellen Verpflichtung, das Bestmögliche zur Reduzierung von sich aus zu tun:

„Und man könnte jetzt von diesen Ländern ihre quasi saubere Luft kaufen, um hier quasi sich ein bisschen frei zu kaufen. Das wird so weit gehen, in dem Moment, wenn eine Firma sich so viele Zertifikate kaufen muss, dass sie die Hälfte ihres Gewinns ausgeben muss, um diese Zertifikate zu erlangen, dann wird sie sich vielleicht überlegen, ob sie sich nicht doch irgendwo einen Filter einbaut, dass es für sie billiger wird.“ (Int. 02/04)

Die Kritik ging sogar soweit, dass ein Vergleich mit dem mittelalterlichen Ablassbrief hergestellt wurde, mit dem man sich von seinen Sünden freikaufen konnte:

„Ja, der Handel mit den Rechten, das ist wie ein Ablass. Früher bei Luther haben die Leute gesagt, sie können sich einen Ablass kaufen, das heißt von Sünden, das heißt, sie zahlen was dafür und dann dürfen sie trotzdem weiter sündigen. Ich halte es für eine schwierige Geschichte.“ (Int. 01/04)

(2) Designelemente des Emissionshandels

In den Fokusgruppen entwickelte sich im Laufe der Diskussionen ein Bewusstsein für Sonderfälle und notwendige Designelemente, die im Zuge der Einführung des Europäischen Emissionshandelssystems zu berücksichtigen seien, wie folgendes Beispiel veranschaulicht:

„Und was ist mit neuen Anlagen, also Unternehmensgründungen und so? Ist doch unfair, wenn sie die Zertifikate, die sie brauchen, um überhaupt etwas zu produzieren, erstmal der Konkurrenz abkaufen müssen.“ (FG 04/04)

Neben einer Sonderregel für neue Anlagen fanden es die Teilnehmer wichtig, dass bisherige Anstrengungen von Unternehmen für den Klimaschutz bei der Zuteilung der Emissionsberechtigungen berücksichtigt würden. Ihrer Meinung nach sollten Unternehmen, die noch keine Maßnahmen zur Minderung von Emissionen unternommen haben, höheren Reduktionsverpflichtungen unterliegen. Einen weiteren Sonderfall sahen die Teilnehmer in der Schließung von Unternehmen und der damit verbundenen Stilllegung von Anlagen bzw. im Verbleib der Emissionsberechtigungen. Die Personen konnten sich also, obwohl wenig Wissen über das Grundprinzip des Emissionshandels vorhanden war, recht schnell in der Thematik wieder finden und ein Problembewusstsein für spezielle Situationen und Regelungsnotwendigkeiten entwickeln.

(3) Fehlkonstruktionen

Es kam allerdings auch zu einigen Fehlkonstruktionen und Missverständnissen. Darunter waren solche zu speziellen Fragen des Emissionshandelssystems, hervorgerufen durch die Verknüpfung mit dem Kyoto-Protokoll: ob der Handel national, europaweit oder international stattfinden wird, wer die Akteure seien, Staaten oder Unternehmen; dass alle Sektoren zukünftig Berechtigungen für THG-Emissionen benötigen.

5.4 Vermutungen über Wirkungen des Emissionshandels

(1) Auswirkungen auf das Klima und Wirksamkeit im Klimaschutz

Sowohl in den Interviews und in den Fokusgruppen war eine große Skepsis gegenüber der Wirksamkeit des Instruments festzustellen. Nur drei Interviewpartner erwarteten eine merkliche ökologische Verbesserung der Situation, rund die Hälfte erwartete keine positive Wirkung. Gefürchtet wird zudem ein lediglich Umverteilungsmechanismus von Einsparmaßnahmen.

„Ich glaub auch nicht, dass es klimatechnisch da so viel bringen wird, glaube ich nicht.“ (Int. 05/04)

„Ja, ich würde sagen, wenn man es sich genau anschaut, dass es bei dem Status Quo so bleibt, weil wenn man von dem momentanen Status Quo ausgeht, werden diese Anteile verschachert oder verteilt, umverteilt, aber es wird nichts getan, um das praktisch für alle zu senken, also.“ (Int. 07/04)

(2) Auswirkungen auf Industrie und Unternehmen

Die Vermutungen über die Auswirkungen des Instruments auf Industrie und Unternehmen waren vielschichtig. Die meisten Teilnehmer gingen in kurzfristiger Perspektive von höheren Kosten für die Unternehmen aus, bedingt durch zusätzliche Bürokratie und Investitionen, die zur Modernisierung bzw. zum Erwerb der Zertifikate nötig sind.

„Ja, zuerst mal Kosten. Kurzfristig mal negative Aspekte. Und mittel- und langfristig könnte es auch innovativ sein (...) weil die halt in Forschung und Entwicklung mehr Geld rein stecken.“ (Int. 05/04)

Die zusätzlichen Kosten zögen allerdings langfristig entweder Erhöhungen der Energiepreise mit sich oder gar Abwanderungen von Unternehmen:

„Ich glaube, dass am Ende die richtigen Großunternehmen nicht viel drauf legen werden. Irgendwo muss der Endverbraucher zahlen oder sie wandern ab, aber ich glaube nicht, dass die Großindustrie da so viel zulegen wird. Sie werden (...) mit dem Zertifikathandel kein Minusgeschäft machen.“ (Int. 04/04)

„Ich muss es so formulieren, ich hoffe mal ja und ich hoffe auch, dass das CO₂-Ziel nicht dadurch erreicht wird, dass die Industrien abwandern, aber es ist ja zumindest mal europaweit.“ (Int. 09/04)

Immerhin würde der Emissionshandel mittel- bis langfristig Effizienzsteigerungen innerhalb der Industrie nach sich ziehen.

„Ich denke schon, dass es möglich wäre, neue Arbeitsplätze zu schaffen durch die erneuerbaren Energien. Das denke ich schon, dass es da für die Forschung und Industrie Möglichkeiten gäbe.“ (Int. 02/04)

(3) Persönliche Auswirkungen

Überwiegend negativ wurden die persönlichen Auswirkungen eingeschätzt. Ein großer Teil der Interviewpartner wie auch der Fokusgruppenteilnehmer glaubte, dass die durch den Emissionshandel entstehenden Kosten auf die Verbraucher abgewälzt werden würden.

„Ich denke nur, dass die Industrie den Kauf ihrer Zertifikate irgendwie auf ihre Produktion, auf ihre Waren wieder umlegen wird. Also, dass am Ende der Endverbraucher das auch wieder mehr bezahlt. Die Stromwirtschaft, irgendwas wird produziert was wir am Ende bekommen also dann wird das Endprodukt teurer werden.“ (Int. 04/04)

„Ich denke mal, dass der Strom teurer wird, das will alles bezahlt werden. Wir brauchen doch bloß die Benzinpreise gucken, fahren Sie auf die Autobahn, sehen Sie dort weniger Autos.“ (Int. 04/04)

„Am Ende sind wir es wieder, die das Ganze durch steigende Strom- und Heizkosten finanzieren. [...] Am Ende zahlt der kleine Mann die Zeche.“ (FG 01/04)

Genannt wurde auch ein möglicher Arbeitsplatzabbau durch Sparmaßnahmen der Unternehmen, oder ein so geringer Preisanstieg, dass keine persönlichen Belastungen spürbar wären. Zwei Befragte erwarten allgemein positive Auswirkungen durch eine bewusste Energienutzung und mehrfach wurde in diesem Kontext wieder die Bereitschaft bekundet, für die Nutzung der Natur bzw. den Klimaschutz auch zusätzliche Kosten zu tragen:

„Wenn das dazu führen würde, dass das ein oder andere Produkt, das ich verwende, teurer wird, dann würde ich das akzeptieren, weil es nicht sein kann, dass wir langfristig auf Kosten der Umwelt leben und das nicht bezahlen.“ (Int. 09/04)

Alle Beteiligten erwarten persönliche Folgen erst in langfristiger Perspektive.

5.5 Bewertung des Emissionshandels

(1) Prinzip der kleinen Schritte

Die Skepsis der Befragten gegenüber dem Emissionshandel schlägt sich auch in der abschließenden Bewertung nieder. Obgleich die meisten von ihnen nicht allzu große Erwartungen in die Wirksamkeit des Emissionshandels als Klimaschutzinstrument hegen, ist ihnen jedoch sein Einsatz lieber als gar keine verpflichtende Maßnahme für den Industrie- und Energiebereich:

„Lieber den Spatz in der Hand ...“ (Int. 01/04)

„Doch, das finde ich schon gut, ich meine, es muss was gemacht werden und das dürfte auch jedem eigentlich klar sein, dass man nicht einfach so weiterwirtschaften kann, denn unsere Ressourcen, unsere Natur, die gibt's nicht, die können wir nicht wieder aufbauen oder nur sehr schlecht.“ (Int. 04/04)

Weiterhin werden in den Einschätzungen der Befragten sowohl positive als auch negative Elemente deutlich. Positiv wird beurteilt, dass der Emissionshandel einen Marktmechanismus auslöst, d.h. die Unternehmen frei sind in ihrer Wahl, wie sie sich am Zertifikatsmarkt verhalten. Diese Flexibilität erhöhe die Akzeptanz des Instrumentes, denn es erlaubt die Reduzierung der THG-Emissionen dort, wo diese am kostengünstigsten zu realisieren ist.

„Im Grunde, wie schon gesagt, finde ich es positiv, weil es ne bessere Maßnahme ist. Weil wirtschaftliche Anreize geboten werden, als wenn der Staat, ich sach mal, willkürliche, Grenzwerte festsetzt, hm, na ja, OK, dann müssen halt die Firmen machen was sie wollen.“ (Int. 08/04)

Begrüßt wird die Monetarisierung der Nutzung der Allmende und die Festlegung auf absolute Obergrenzen:

„Gut, dafür spricht, dass es jetzt mal mit Geld belegt wird. Dass es mit Geld ausgedrückt wird, kostet.“ (Int. 06/04)

„Was ich gut finde, ist dass jetzt Obergrenzen für den Ausstoß von Treibhausgasen festgelegt werden. [...] Deutschland braucht ein Ziel, auf das wir hinarbeiten können.“ (FG 03/05)

Trotz dieser positiven Einschätzungen bleibt eine prinzipielle Reserviertheit gegenüber dem Instrument: (Dialog)

Person A: „Die Kommerzialisierung der Natur erweckt den trügerischen Eindruck ihrer Austausch- und Ersetzbarkeit.“

Person B: „Man zahlt halt ein bisschen mehr, um sein Gewissen zu beruhigen und ist dann fein raus aus der Verantwortung“. (FG 01/04)

(2) Rolle des Vertrauens

In der Bewertung des Instruments spielt der Aspekt des Vertrauens in die Klimaschutzaktivitäten von Unternehmen und staatlichen Institutionen eine herausragende Rolle. Insbesondere die Anlagenbetreiber, so viele Befragte, würden versuchen, sich ihren Reduktionsverpflichtungen zu entziehen. Damit einhergehend ist das fehlende Vertrauen in staatliche Institutionen. Es wird vermutet, der Staat sei nicht in der Lage, weder die Reduktionsleitungen von Unternehmen zu überprüfen noch ein wirksames Monitoring im internationalen Staatenhandel einzurichten:

„So und wenn dann noch Staaten, die keine demokratische Regierung haben, irgendwann ihre Zertifikate selber ausstellen, dann würde so eine Art Schwarzmarkt entstehen, man verpflichtet sich zwar dann das zu unterbinden aber diese gefälschten Zertifikate. So und diese gefälschten Zertifikate, bis die mal wieder entdeckt würden, das ist ja wie Falschgeld, die werden natürlich an die Industriestaaten verkauft werden.“ (Int. 04/04)

Durchgehend negativ werden die im NAP erzielten geringen Reduktionsziele kritisiert. Durch zu hohe Zuteilungsmengen werde die Wirksamkeit des gesamten Instruments in Frage gestellt:

„Ja, also dass es noch nicht unbedingt positiv sein muss, sondern von den Zielen abhängt, die politisch gesetzt werden, was da an Zielen gesetzt wird.“ (Int. 07/04)

„Die Zielsetzung, das ist ne gute Frage, ich halte ja nichts davon, an für sich.“ (Int. 03/04)

In eine ähnliche Richtung zielt eine Diskussion aus einer Fokusgruppe:

Person A: „An sich finde ich die Absicht des Emissionshandels ja gut, aber ob er jetzt wirklich das leistet, was er soll, ist davon abhängig, welche Treibhausgase denn erfasst und reduziert werden sollen. [...]“

Person B: „Dabei ist auch wichtig, von wem und wie viele Emissionen erfasst werden. Das Ganze bringt ja nichts, wenn nur ein Bruchteil der Gesamtemissionen und ein paar Prozent der Verursacher vom Emissionshandel erfasst werden [...]“

Person A: „Je mehr, desto besser.“

Eine weitere Kritik am Instrument setzte an der räumlichen Begrenzung des Instruments auf die EU an, die sich nach Ansicht mehrerer Befragter in Wettbewerbsverzerrungen von Unternehmen in teilnehmenden und nicht-teilnehmenden Staaten manifestiere. Das anschließende Zitat dokumentiert einen Dialog über die Wirkungen des Instruments, in dem Wettbewerbsvorteile durch den Einsatz energieeffizienter Technik mit drohenden Wettbewerbsnachteilen miteinander abgewogen werden:

Person A: „Ich denke, dass Deutschland als Exportweltmeister und sehr fortschrittlich in Sachen umweltschonender Technologie gut auf den Emissionshandel vorbereitet ist. [...] Außerdem kann die Technik ja auch verkauft werden.“

Person B: „Mag schon sein, dass man gegenüber anderen Staaten einen Wettbewerbsvorteil hat, gegenüber Staaten aber, die nicht am Emissionshandel teilnehmen, sieht das Ganze dann schon anders aus. Die müssen keine Maßnahmen ergreifen und brauchen auch keine emissionsarmen Anlagen.“

Person C: „Ja, und die haben somit auch keine zusätzlichen Kosten wie wir. [...] Angesichts der eh schon angespannten Situation – keine Arbeitsplätze und mangelndes Wirtschaftswachstum – sind zusätzliche Kosten das aller letzte, was wir brauchen.“

Person A: „Bleibt abzuwarten, ob die Vor- oder Nachteile überwiegen werden. [...]“ (FG 02/04)

In einer Gesamtbetrachtung der persönlichen Bewertungen des Emissionshandels ist auffällig, dass das Instrument von keinem der Befragten als durchweg positiv bzw. negativ betrachtet wurde. Kritisiert wurde eher die Umsetzung und Durchführung an speziellen Punkten. Die Bewertungen sind dagegen eher vorsichtig, geprägt durch geringen Kenntnisstand und großes Misstrauen in teilnehmende Unternehmen und verantwortliche Institutionen bzw. „den Staat“.

5.6 Perspektiven des Emissionshandels

Trotz bzw. aufgrund der vielfältigen Kritik gab es auch Vorschläge, wie das Instrument Emissionshandel verbessert und perspektivisch weiterentwickelt werden könnte. Es wurden vor allem Vorschläge zu alternativen Instrumenten (1) und Möglichkeiten der Ausweitung des Handels auf die Sektoren Haushalte und Verkehr (2) diskutiert.

(1) Vorschläge zu alternativen Instrumenten

Eine große Zahl von Interviewpartnern würde als Alternative eine per Ordnungsrecht durchgesetzte Reduktionsverpflichtung dem flexiblen Emissionshandel vorziehen, da ohne den Verkauf von Zertifikaten größere Emissionsreduktionen erreicht würden.

„Viel besser wäre ja, man sagt der CO₂-Ausstoß wird jetzt weltweit gesenkt und jeder bemüht sich. Dann hätte ich je weltweit ein Ziel erreicht. Als Gesetz, würde ich schon sagen, ganz brutal.“ (Int. 03/04)

Auch würde die Reduktion an Kohlendioxidemissionen effektiver und schneller gestaltet werden können, wie eine Befragte aus der Interviewkampagne anmerkte:

„Dann ist der Nachteil natürlich, dass es für meine Begriffe viel zu lange dauert. Und dass es immer wieder raus gezögert wird, dass man jetzt nicht einfach sagen kann, jetzt ist Stopp, jetzt tut mal jeder einen Filter einbauen und seine Abgase und nicht da in die Luft pesten, sondern dass es einfach noch so ein Kuhhandel ist, dass ist für mich (ein bisschen) der Nachteil.“ (Int. 02/04)

Auch in den Fokusgruppen wurde sich die Frage gestellt, ob die beabsichtigte Reduktion der Emissionen nicht besser durch forcierte Abgabenmodelle und/oder ordnungsrechtliche Vorgaben erreicht werden könnte (FG 02/04, 03/04).

(2) Möglichkeiten der Ausweitung des Handels auf die Sektoren Haushalte und Verkehr

Von nahezu allen Befragten wird die Ausweitung des Emissionshandels auf den Haushaltssektor abgelehnt. Der bürokratische und finanzielle Aufwand wird hier als viel zu hoch angesehen, es fehle in der Bevölkerung an Verständnis für den Klimaschutz, um eine so aufwendige Neuordnung des alltäglichen Lebens durchführen zu können.

„Rein theoretisch ja, aber ich glaube, das ist praktisch nicht durchführbar. Ich glaube dass der Verwaltungsaufwand, also der Aufwand überhaupt zu groß wäre.“ (Int. 03/04)

Auch auf Vorschläge einer Ausweitung auf den Verkehrssektor reagierten viele Interviewpartner mit starken Vorbehalten. Allerdings wurden Möglichkeiten benannt, den Individualverkehr zu verringern, ohne auf einen Emissionshandel zurückgreifen zu müssen, wie die Förderung von *Car-sharing*-Angeboten und Fahrradfahren, die Einführung bzw. Weiterent-

wicklung von Mautgebühren und Ökosteuern oder gar die Einführung eines Handelssystems auf der Raffinerieebene.

Sowohl bei den Befragten als auch in den Fokusgruppen war ein weitgehendes Einverständnis in der Frage einer Ausweitung auf den Luftverkehr festzustellen. Ein Handel zwischen den Fluglinien würde zu einer Modernisierung der Flotten führen, die Anzahl der Flüge verringern und allgemein höhere Preise nach sich ziehen, so der Tenor in den Interviews und Fokusgruppen, die sich zu diesem Thema äußerten. Letzteres wäre nach eigenen Angaben für einige akzeptabel, andere gaben an, nicht auf billige Flugangebote verzichten zu wollen. Dennoch herrschte breite Einigkeit bei der Forderung nach einer Kerosinbesteuerung, welche die Flugkosten selbstverständlich ebenfalls erhöhen würde.

„Ja, gut, das Kerosin ist ja einfach total unterbezahlt. Wenn man da die Kosten reingeben, was das Kerosin kostet, würde man auch viel effizienter damit umgehen.“ (6. Z. 169-170.)

5.7 Rolle der Medien

Die Medien nehmen für die Befragten gerade im Bereich des Klimaschutzes eine besondere Rolle ein, da sie Inhalte aus Wissenschaft und Politik an die Öffentlichkeit kommunizieren und ein Forum für die Definition von aktuellen Problemfeldern und für öffentliche Debatten darstellen (Pansegrau/Engels/Weingart 2000; Heinrichs/Peters 2001). Zentral für die öffentliche Wahrnehmung des Emissionshandels war in diesem Kontext die Berichterstattung über den Streit um die Erstellung des Nationalen Allokationsplanes (NAP) im März 2004 zwischen Umweltminister Jürgen Trittin (Bündnis90/Die Grünen) und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD). So verbanden viele der Interviewten, die sich an die Medienberichte über den Emissionshandel aus diesem Zeitraum erinnerten, diese fast immer in erster Linie mit einem Streit zwischen den Ministern Trittin und Clement. Bemerkenswert ist allerdings, in welcher Form dieser Streit aufgenommen und erinnert wurde: die Befragten haben die Auseinandersetzungen nur als personalisierten Streit zwischen Umweltinteressen auf der einen und Wirtschaftsinteressen auf der anderen Seite wahrgenommen. Allgemein wurde resümiert, dass BM Clement seine Interessen durchgesetzt hätte.

„Ja, dass eigentlich Herr Clement als Gewinner hervor gegangen ist. Sie haben wohl sehr lange gefeilscht und das dann doch der Trittin dann so ne kleine Schlappe bekommen hat und dass der Clement für die Industrie als Gewinner hervorgegangen ist.“ (Int. 04/04)

Ein Bezug dieser Diskussion zum Klimaschutz bzw. zu einem Verteilungskonflikt im Hinblick auf den Emissionshandel wurde von den meisten befragten nicht erinnert.

5.8 Geschlechtsspezifische Dimensionen der Wahrnehmung

Bereits Zwick (2001) hat aufzeigen können, dass Frauen und Männer die Gefahren des Klimawandels unterschiedlich einschätzen (vgl. auch: Citlak/Kreyenfeld 1999, S. 115ff). Zwicks Untersuchung hat ergeben, dass 46% der Männer und 52% der Frauen den Klimawandel als ein Risiko betrachten, das Katastrophenpotential birgt. Auch bei der Auswertung des Antwortverhaltens der Befragten der Studie von Lehmann (2004) zeigt eine Analyse der geschlechtsspezifischen Unterschiede der öffentlichen Wahrnehmung des Emissionshandels eine Reihe von Differenzen.

Die Interviewten setzten sich zur Hälfte aus Frauen und zur Hälfte aus Männern zusammen. Zwar zeigen sich keine auffälligen Unterschiede in der Bewertung des Emissionshandelskonzeptes, den Befürchtungen oder den erwarteten Auswertungen. Zu beachten ist jedoch, dass vier der fünf befragten Mitglieder in einer Umweltorganisation (NABU, B.U.N.D., Die Grünen) Männer sind, was damit einher geht, dass diese im Durchschnitt auch über detailreicheres Wissen über den Mechanismus des Emissionshandels verfügen, weil sie allgemein stärker an der Thematik interessiert sind. Bei der Frage nach der subjektiven Einschätzung des Wissens über den Emissionshandel auf einer Skala von -5 bis +5 gaben die Frauen eher mittlere Werte (0 oder 1) an, einige der Männer hingegen schätzen sich bei +3 ein, selbst wenn ihr tatsächliches Wissen dem der Frauen (mit +1) gleich kam. Bei der Frage nach den Assoziationen zum Thema „Klimaschutz“ gaben sowohl Männer als auch Frauen zuerst einmal Auswirkungen wie Naturkatastrophen an. Der Abbau der Ozonschicht als Ursache für den Klimawandel wurde ebenfalls von beiden Geschlechtern genannt.

Dennoch zeigt sich, dass die „Extreme“ bei den Männern liegen, sie geben sowohl die höchste wie auch die niedrigste Einstufung der persönlichen Wichtigkeit des Umweltschutzes an. Bei den Interviews ist sowohl der Idealtypus des „konsequenten Umweltschützers“ als auch der Typus des „wirtschaftsorientierten Klimawandelskeptikers“ (siehe unten) männlich. Beide fordern konsequentere Maßnahmen: Nicht mehr in den Umweltschutz zu investieren bzw. als Gegensatz dazu einen Benzinpreis von 5 Euro/Liter. Hingegen bekunden alle weiblichen Befragten die Notwendigkeit weiterer Klimaschutzmaßnahmen sowie ihre Angst vor Klimakatastrophen. Allerdings ist ihre Bereitschaft für persönliche finanzielle Opfer (entgegen den Mitgliedern von Umweltorganisationen) stark eingeschränkt. Sie sind eher nicht bereit, persönlich mehr zu bezahlen, sondern fordern vorbildliches Verhalten im Klimaschutz von Politikern und Unternehmen. Männer begründen ihre Forderung nach einer Einschränkung des Klimaschutzes eher damit, dass der deutsche Staat bereits eine Vorreiterrolle übernehme oder dass die Maßnahmen sowieso nichts bringen würden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Bewertung des Emissionshandels weniger vom Geschlecht abhängt, sondern viel eher von der persönlichen Einstellung, die zumeist durch den Beruf geprägt ist, z.B. befürworten die VWL-Studentin und der Ingenieur eines Chemieunternehmens die wirtschaftliche Orientierung des Instruments, gleichzeitig kritisieren sie die angebliche mangelnde Effizienz des Emissionshandels ebenso wie die „konsequenten Umweltschützer“. Alles in allem gestaltet sich eine genderspezifische Auswertung der Befragung eher schwierig, die sie kaum zu handfesten Ergebnissen führt. Dies liegt zum einen an

der geringen Fallzahl, zum anderen daran, dass der Fragebogen genderspezifische Aspekte nicht explizit anspricht.

6 Idealtypen und Storylines

Aus dem Interviewmaterial von Lehmann (2004) lassen sich idealtypische Argumentationsmuster konstruieren. In Anlehnung an *Max Weber* (1968) können Modelle konstruiert werden, die in ihrer konsequenten Form der Argumentation (bzw. der *storyline*) nicht realen Personen zugesprochen werden können, sondern in ihrem charakteristischen Antwortverhalten und Einstellungen einen stilisieren, komprimieren und typisierten Argumentationsstrang bilden.¹⁰ Dazu wurden die Interviews auch *vertikal* ausgewertet, d.h. es wurden verschiedene Argumentationsstränge gebildet, auf Gemeinsamkeiten verglichen und in „Antwort-Typen“ zusammengefasst.

Drei idealtypische Konstruktionsmuster wurden gebildet: der *konsequente Umweltschützer*, der *wirtschaftsorientierte Klimaskeptiker* und der *umweltbewusste Pragmatiker*. Die drei Idealtypen unterscheiden sich in der jeweiligen Wahrnehmung des Umwelt- und Klimaschutzes und in ihrer Einstellung gegenüber dem Emissionshandel.

Der Typus des „*konsequenten Umweltschützers*“ ist in seinem Antwortverhalten stark von Klima- und Umweltschutzgedanken geprägt. Ihm ist der Umwelt- wie auch der Klimaschutz sehr wichtig, d. h. der Umweltschutz wurde von ihm mindestens an die dritte Stelle der wichtigen Politikthemen gesetzt, die Wichtigkeit des Klimaschutzes wurde auf einer Zehnerskala mit Neun oder Zehn bewertet. Er verfügt über ein gutes bis sehr gutes Wissen über den Emissionshandel und bewertet diesen teilweise sehr kritisch: Er fordert höhere Reduktionsmengen und eine weltweite Einführung des Systems. Seiner Forderung, die Emissionen um fast jeden Preis zu reduzieren, kommt der Emissionshandel nicht nach, daher fordert er wirksamere Maßnahmen, etwa ein Gesetz, die erlaubte Emissionsmenge für jede Anlage festlegen und Anlagenbetreiber zu technischen Modernisierungen zu verpflichten.

Der Typus des „*wirtschaftsorientierten Klimaskeptikers*“ vertritt eine kritische Einstellung gegenüber den anthropogenen Ursachen des Klimawandels. Er ist nicht davon überzeugt, dass, sofern ein Klimawandel überhaupt stattfindet, menschliche Einflüsse dafür hauptverantwortlich sind. Aus diesem Grund sieht er auch keine Notwendigkeit zu weiteren Klimaschutzmaßnahmen. Umweltschutz ist kein Anliegen von ihm, er ist davon überzeugt, dass in Deutschland schon viel für den Klimaschutz getan wird. Auch die Unternehmen machen bereits genug, so dass keine Notwendigkeit für weitere Maßnahmen besteht. Spontan assoziiert er den Klimaschutz mit Kosten und schon getätigten Maßnahmen, er erklärt seine umweltskeptische Einstellung hier auch damit, dass Deutschland weltweit eine Vorreiterrolle in Sachen Umweltschutz übernommen hat.

¹⁰ Zur Konstruktion von Idealtypen in der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung vgl. Schüle 2001b.

Der Typus des „*umweltbewussten Pragmatikers*“ nimmt eine vermittelnde Argumentationsposition ein. Er besitzt durchaus ein Umweltbewusstsein und, auf den Klimaschutz angesprochen, rechnet er diesem auch eine hohe Wichtigkeit bei, dennoch ist er selbst in seinem Verhalten nur insoweit umweltbewusst, wie dieses keine finanzielle Mehrbelastung oder einen intensiven Zeitaufwand erfordert. Klimaschutzmaßnahmen sind ihm meist nur dann bekannt, wenn er davon selbst betroffen ist (z.B. Öko- oder Kfz-Steuer), und bei ihm zeigt sich am häufigsten eine Assoziation des Klimawandels mit dem Abbau der Ozonschicht. Er schätzt sein Wissen über den Emissionshandel im Mittelfeld ein und kennt die Grundzüge des Handelssystems, detaillierte Kritik an oder Argumente für den Rechtestandel besitzt er nicht. Er besitzt ein großes Misstrauen gegenüber der Politik und der Industrie, daher wünscht er sich auch stärkere Kontrollen bei der Emissionsreduktion. Im Gesamten steht er dem Emissionshandel jedoch positiv gegenüber, da er die Notwendigkeit sieht, im Unternehmenssektor Emissionen zu verringern.

Tabelle 1 zeigt eine Übersicht der drei Typen und ihr jeweiliges Antwortverhalten. Die Doppellinien in der Tabelle trennen die verschiedenen Bereiche voneinander: *Wichtigkeit des Klimaschutzes und Selbsteinschätzung des Wissens, Bewertung des Emissionshandels, Auswirkungen/Ausweitung und Medien.*

Tabelle 1: „Klimatypen“ im Überblick

Typ Antwort- ausprägung	Typ 1 Konsequenter Umwelt- schützer	Typ 2 Wirtschaftsorientierter Kli- mawandelskeptiker	Typ 3 Umweltbewusster Pragmatiker
Wichtigkeit des Klima- schutzes (1-10)	Sehr wichtig (9 bis 10); ist ein persönliches Anliegen	Eher niedrig (bis 5); Anderes ist wichtiger	Hoch (bei 8), da Umwelt- ängste bestehen
Selbsteinschätzung des Wissens? (-5 bis +5)	Schätzt sein Wissen hoch ein, bei +3	Gibt sein Wissen eher höher an, mit +1	Schätzt sein Wissen ge- ring ein, -1 bis 0
Positive Faktoren des Emissionshandels	Ist ein „Anfang“; spart dort CO ₂ ein, wo für die Un- ternehmen am günstigs- ten	Marktbasiertes Instru- ment; spart dort Emissio- nen, wo es am günstigs- ten ist; positiv ist der Handel	Kann auch zu Innovation und Gewinnen führen; wirkt auf der Unterneh- mensebene
Kritik am Emissionshan- del	„Ablasshandel“; „Kuhhan- del“; Ziele und Reichweite nicht ausreichend; unmo- ralisch	Verursacht Unterneh- menskosten; steigende Verbraucherpreise; keine Notwendigkeit	Zu geringe Wirksamkeit und Kontrolle; nicht welt- weit
Gesamtbeurteilung des Emissionshandels	Gut, aber nicht ausrei- chend; zu geringe Reduk- tionen; ist ein Anfang	Da keine Notwendigkeit besteht, wird der Emissi- onshandel abgelehnt	Geht so, da keine Alter- native; ist aber kostenver- ursachend und hat kaum Wirkung
Persönlich wichtigste Auswirkungen durch den Emissionshandel	Emissionsreduktion; er erhofft sich einen wirksa- men Klimaschutz	Wettbewerbsnachteile; Abwanderung der Indust- rien und Preissteigerun- gen	Energiepreise steigen; Endverbraucherpreise steigen
Bereitschaft für Klima- schutzopfer	Ja, sowohl durch Verhal- ten als auch finanzielle Opfer, er lebt nach Um- weltstandards	Nein, da keine Notwen- digkeit mehr in Deutsch- land	Ja, finanziell aber nur in Maßen wenn es wirklich zum Klimaschutz beiträgt
Ausweitung des Emissi- onshandels auf andere Sektoren?	Ja, auch wenn es Kosten und Bürokratie mit sich bringt; es muss mehr ge- tan werden	Nein, es führt zu keinen Verbesserungen, nur zu Kosten; andere Länder sollen erst nachziehen	Nur auf den Unterneh- mensebenen, nicht für Privatpersonen da Kos- ten- und Zeitaufwand
Informationsquellen, ge- nutzte Medien	Geo-Hefte; Mitgliederzeit- schriften der Umweltver- bände	Überregionale Zeitungen; Wirtschaftsteil	Fernsehdiskussionen; Regionalzeitungen; Wo- chenzeitungen
Wahrnehmung der Me- dienberichte über Emissi- onshandel	Subjektiv und positiv; E- missionshandel wird als Chance zum Klimaschutz von den Medien gesehen	Der Emissionshandel wurde als negativ, unter- nehmensbelastend dar- gestellt	Objektiv und informierend durch Nachrichten wahr- genommen
Interesse an weiteren In- formationen	Es waren eher zu wenige Berichte; es besteht Inte- resse am Thema, da Umweltthematik	Berichte waren ausrei- chend; Bedeutung für die Unternehmen interessiert	Zu wenig Grundinformati- onen wurden geliefert; al- lerdings auch wenig Inte- resse an Thematik, da persönlich nicht betroffen

7 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Zusammenfassung

Die zentralen Ergebnisse der vorliegenden empirischen Untersuchung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Hinsichtlich des allgemeinen **Verständnisses zum Klimawandel und Klimaschutz** hat sich gezeigt, dass der Einfluss des Menschen auf den Klimawandel im öffentlichen Bewusstsein wahrgenommen wird. Die Einschätzungen über dessen Stärke und dessen Einfluss auf globale Klimaveränderungen schwanken jedoch zum Teil erheblich. Neben staatlichen Aktivitäten wird in diesem Zusammenhang dem Individuum und individuellen Handeln die größte Verantwortung beigemessen. Deutschland wurde dabei innerhalb der EU, aber auch weltweit, eine Vorreiterrolle im Klimaschutz zugesprochen.

Bezüglich der **internationalen Kooperation im Klimaschutz** wurde deutlich, dass der Mehrzahl der Befragten das Kyoto-Protokoll als ein internationales Klimaschutzabkommen bekannt war. Sehr unterschiedlich war allerdings das Wissen über dessen genauen Inhalt. Beispielsweise war das Instrument des Emissionshandels lediglich der Hälfte der Fokusgruppenteilnehmer bekannt. Einigkeit herrschte hinsichtlich der Einschätzung, dass das Protokoll nur dann wirksam sei, wenn möglichst viele Länder an einem Strang zögen, allen voran die USA. Daher wurde überwiegend die Freiwilligkeit des Protokolls bemängelt.

Im Hinblick auf die **Kenntnisse über die Entwicklung des Emissionshandels in Deutschland** zeigt die Untersuchung einen äußerst unterschiedlichen Kenntnisstand zum Konzept des Emissionshandels sowie zum Umsetzungsstand in Deutschland. Nur ganz wenigen Befragten war der Mechanismus des „EU Burden Sharing Agreements“ bekannt. Hingegen wussten einige von einem deutschen Reduktionsziel. Völlig unbekannt war der Zeitplan zur Einführung des Emissionshandelssystems und der Stand der Umsetzung in Deutschland, wie beispielsweise die Verabschiedung des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes, die Einrichtung der deutschen Emissionshandelsstelle oder der Beginn der Handelsaktivitäten.

Hinsichtlich der **Kenntnisse über die Anlage und das Prinzip des europäischen Emissionshandels** hat die Studie verdeutlicht, dass das Grundprinzip des Emissionshandels, das Prinzip des *cap-and-trade* überwiegend unklar war, wie den Befragten auch die handelnden Akteure und erfassten Anlagen weitgehend intransparent waren. Es kamen eine Reihe von Fehlkonstruktion und Missverständnissen auf. Trotzdem wurde der Emissionshandel als ein „Anfang“ betrachtet, der jedoch bei weitem nicht ausreichend sei und daher eher einem „Ablasshandel“ gleiche.

Mit Blick auf die **Vermutungen über die Wirkungen des Emissionshandels** bewerten alle Befragten und Fokusgruppenteilnehmer die Effektivität des Emissionshandels für den Klimaschutz mit großer Skepsis. Kritisiert wurden Fragen der Ausgestaltung und Umsetzung, z.B.

die zu große Allokationsmenge oder eine zu erwartende räumliche Umverteilung durch die zu geringe geographische Ausweitung des Handels. Bemängelt wurde vor allem, dass Staaten wie die USA, China und Russland am Handel nicht teilnehmen.

Bezüglich der Einschätzung der **Auswirkungen des Emissionshandels** auf Industrie und Unternehmen überwog zwar die Meinung, dass diese eher negativ seien, allerdings gaben auch einige an, dass der Emissionshandel in Deutschland zu Innovationen und damit zu Wettbewerbsvorteilen führen würde.

Überwiegend negativ wurden die unmittelbaren **persönlichen Auswirkungen** eingeschätzt. Ein großer Teil der Interviewten sowie der Fokusgruppenteilnehmer glaubte, dass die durch den Emissionshandel entstehenden Kosten auf die Verbraucher abgewälzt werden würden. Positiv bewertet wurden hingegen die persönlichen Auswirkungen in der Zukunft, allerdings unter der Bedingung, dass der Emissionshandel geographisch ausgeweitet würde.

In den abschließenden Fragen und Diskussionen zur **Bewertung des Emissionshandels** hegten zwar die meisten Befragten nicht allzu große Erwartungen in die Wirksamkeit des Emissionshandels als Klimaschutzinstrument, jedoch befürworteten alle, dass überhaupt etwas getan wird. Jedoch hätten viele gerne eine konkrete gesetzliche Verankerung der Emissionshöchstgrenze eines Unternehmens gesehen. In der Bewertung des Emissionshandels werden sowohl positive als auch negative Erwartungen deutlich. Positiv wird beurteilt, dass der Emissionshandel über den Wettbewerb geschieht, da das Instrument erlaubt, die Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen dort zu realisieren, wo dies am kostengünstigsten ist. Die negative Bewertung beruht vor allem auf einer Skepsis gegenüber der Industrie. Es wird befürchtet, dass diese versuchen würden, sich ihren Reduktionsverpflichtungen zu entziehen. Dies zeigt das mangelnde Vertrauen der Befragten in die staatlichen Institutionen, die den korrekten Ablauf des Handels zu gewährleisten haben. Mehrheitlich negativ wurden zudem insbesondere die zu hohen Zuteilungsmengen bewertet. Zusammenfassend fällt auf, dass das Instrument von keinem Teilnehmer als durchweg positiv betrachtet, aber auch nicht pauschal abgelehnt wurde. Kritisiert wurde eher die Durchführung in speziellen Punkten.

Bezüglich der **Perspektiven des Emissionshandels** wurde vielfach vorgeschlagen, statt des flexiblen Emissionshandels alternativ Reduktionsverpflichtungen ordnungsrechtlich durchzusetzen, da ohne den Verkauf von Zertifikaten größere Emissionsreduktionen erreicht werden würden. Hinsichtlich der perspektivischen Weiterentwicklung des Emissionshandels lehnten nahezu alle Befragten die Ausweitung des Emissionshandels auf den Haushaltssektor auf Grund des hohen bürokratischen und finanziellen Aufwandes ab. Nicht ganz so hoch war die Ablehnung gegenüber einer Ausweitung auf den Verkehrssektor. Im Gegensatz zu den Interviewpartnern gab es in den Fokusgruppen angesichts der zum Klimaschutz notwendigen Reduktionen breite Einigkeit über die Notwendigkeit, den Emissionshandel auf die anderen Sektoren auszuweiten. Hingegen ist sowohl bei den Befragten als auch in den Fokusgruppen in der Frage einer Ausweitung auf den Luftverkehr eine breite Zustimmung festzustellen.

Am Ende wurde der **Einfluss der Medien auf die öffentliche Wahrnehmung und Bewertung des Emissionshandels** betrachtet. Es wurde deutlich, dass vor allem der Streit um die Erstellung des Nationalen Allokationsplans im März 2004 zwischen Umweltminister Trittin und Wirtschaftsminister Clement für die öffentliche Wahrnehmung des Emissionshandels ei-

ne große Rolle spielte. Allerdings wurde dieser Streit eher als eine persönliche Auseinandersetzung wahrgenommen und weniger als ein Verteilungskonflikt über die Menge an Emissionsrechten in einem zukünftigen Emissionshandelssystem. Wie sich gezeigt hat, spielte die mediale Berichterstattung für die Bewertung des Emissionshandels hingegen kaum eine Rolle. So gaben etwa die Fokusgruppenteilnehmer an, dass sie gerne mehr Informationen über den Emissionshandel in den Medien erhalten hätten, allerdings war ihnen die Berichterstattung aufgrund von Zeitmangel und fehlendem Fachwissen oftmals zu komplex. Zudem war die Einschätzung, die Medienbericht seien meist nicht objektiv. Daher bildeten die Teilnehmer der Fokusgruppen ihre Meinung vor allem über Studium, Beruf oder Bekanntenkreis, so dass letztendlich der Einfluss der Medien auf die Einschätzung des Emissionshandels gering war.

Darüber hinaus lässt sich mit Blick auf **Genderaspekte der öffentlichen Wahrnehmung des Emissionshandels** festhalten, dass die öffentliche Wahrnehmung und Bewertung des Emissionshandels kaum geschlechtsspezifische Unterschiede aufweist. Wenn vorhanden, sind diese auf eine zumeist beruflich geprägte persönliche Einstellung zurückzuführen. Eine genderspezifische Auswertung der Interviews ist auf Grund der geringen Fallzahl sowie des Genderaspekte ausklammernden Fragebogens nur eingeschränkt möglich.

Aus dem charakteristischen Antwortverhalten der interviewten Personen lassen sich drei homogene **Idealtypen und Storylines** konstruieren, die Einstellung, Bewertung und Standpunkt der Befragten stilisiert, komprimiert und typisiert nachzuzeichnen vermögen: der konsequente Umweltschützer, der wirtschaftsorientierte Klimawandelskeptiker und der umweltbewusste Pragmatiker. Die drei Idealtypen unterscheiden sich in der jeweiligen Wahrnehmung des Umwelt- und Klimaschutzes sowie in ihrer Einstellung gegenüber dem Emissionshandel.

Schlussfolgerungen

Schlussfolgerungen werden in dreifacher Hinsicht gezogen, in Hinsicht auf weitere Forschungsfragen und methodische Zugänge (1), in Hinsicht auf praktisch-politische Empfehlungen (2) und schließlich in konzeptioneller Hinsicht (3).

(1) Die bisherigen Arbeiten lassen einen bestehenden Bedarf an Studien erkennen, die sich mit der öffentlichen Wahrnehmung von Klimaschutzinstrumenten befassen. In welcher Weise werden die Ausgestaltungen und Wirkungen von Klimaschutzinstrumenten für einzelne Sektoren wahrgenommen und in welcher Weise werden diese als *fair*, *gerecht*, *effektiv* und *effizient* empfunden? Ein wichtiger Aspekt ist dabei die Berücksichtigung der Dynamik der Gesprächs- und Interviewsituation: Die Bereitstellung von Information und Expertenwissen eröffnet auch Laien die Möglichkeit von Lernprozessen – und auch die hier vorgenommenen Erhebungen haben gezeigt, dass Laien sich schnell in die Funktionsweise und Detailprobleme auch eines komplexen Instruments wie den Emissionshandel einarbeiten können. Welche Ausgestaltungsvorschläge für das Emissionshandelssystem werden von Interviewten formuliert, wenn ihnen die Möglichkeit eines unmittelbaren Zugangs zu Expertenwissen eröffnet wird? Lassen sich diese Vorschläge nutzbar machen für die weitere strategische Weiterentwicklung – und die soziale Akzeptanz des Instruments?

(2) Dies führt zu den praktisch-politischen Dimensionen weiterer Forschungsarbeiten in diesem Bereich, denn dem Einführungs- und Umsetzungsprozess fehlte bisher eine gesellschaftliche Diskussion über die Beiträge und das „burden sharing“ der einzelnen Sektoren. Da die Befragten durchweg eine zwar reservierte, jedoch im Prinzip positive Haltung gegenüber dem Instrument haben, trägt eine verstärkte Einbindung gesellschaftlicher Akteure in Entscheidungsprozesse z.B. über Fokusgruppenstudien oder Bürgergutachten zu Legitimation und Akzeptanz des Instruments bei.

(3) Die Entwicklung und Umsetzung der europäischen Emissionshandelsrichtlinie stellt ein historisches „Realexperiment“ dar: Ein in der ökonomischen Theorie entwickeltes Instrument wird im Rahmen der europäischen Klimaschutzpolitik in ein gesellschaftspolitisches Gefüge „übersetzt“. Die hier vorgenommene Analyse beschränkte sich auf die Analyse von Wahrnehmungsmustern von Laien. Um den Anspruch einer Analyse einer sozial-ökologischen Transformation einlösen zu können, sind allerdings noch andere Analyseebenen notwendig, die in diesem Kontext keine Berücksichtigung finden konnten, wie etwa die Analyse des Prozesses der Strategieformulierung und Umsetzung des Emissionshandels innerhalb von Unternehmen z.B. im Rahmen organisatorischer Lernprozesse. Es bedarf zudem einer Analyse der Interaktion zwischen Politik und Wissenschaft im Kontext der Entwicklung des europäischen Emissionshandels: In welcher Weise hat die Entwicklung der EU-Emissionshandelsrichtlinie diese Schnittstelle verändert, welche Anforderungen werden etwa an Grundlagenforschung und angewandte Forschung durch das Instrument gestellt? Eine Evolution von Normen lässt sich nur untersuchen, wenn die Diffusion von Informationen über das Instrument in die breite Öffentlichkeit ins Blickfeld weiterer Forschungen genommen wird. Die Perspektive von co-evolutorischen Lernprozessen in gesellschaftlichen Institutionen kann hier noch weitere wichtige Beiträge liefern.

8 Literatur

- Institut für Demoskopie Allensbach (2004) [Allensbach 2004]: Umwelt 2004. Repräsentative Bevölkerungsumfragen zur Umweltsituation heute sowie zu ausgewählten Fragen der Umwelt- und Energiepolitik, Allensbach, www.ifd-allensbach.de/pdf/akt_0405a.zip.
- Anger, N.; Schmid, S.; Braun, M.; Duckat, R.; Santarius, T.; Schüle, R. (2005) [Anger et al. 2005]: Makroökonomische Wirkungen des Emissionshandels, JET-SET-Hintergrundpapier I/05, Wuppertal, www.wupperinst.org/Projekte/fg2/3214.html.
- Beuermann, C.; Santarius, T. (2002): „Es sind halt zwei heiße Eisen auf einmal“: die Ökologische Steuerreform aus der Sicht von BürgerInnen. In: Politische Ökologie, 20 (2002), 77/78, S. 61-63.
- Braun, M.; Santarius, T. (2005): Souveränität, Demokratie, Verflechtung – Der Emissionshandel im Mehrebenensystem, JET-SET Arbeitspapier V/05, Wuppertal, www.wupperinst.org/Projekte/fg2/3214.html.
- Citlak, B.; Kreyenfeld, M. (1999): Wahrnehmung von Umweltrisiken – Empirische Ergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland. In: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, Jg. 12, Heft 1, S. 112-119.
- Deutsche BP AG (2004): Was wissen die Deutschen über Kyoto, Öko-Steuer und Emissionshandel?, Bochum, www.deutschebp.de/liveassets/bp_internet/germany/STAGING/home_assets/assets/deutsche_bp/broschueren/bp_emnid_emissionshandel.pdf.
- Dunlap, R.E. (1998): Lay Perceptions of Global Risk: Public Views of Global Warming in Cross-National Context. In: International Sociology 13 (4), S. 473-498.
- Ecologic; DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) (2004): Hintergrundpapier – Qualifizierung der Effekte der Ökologischen Steuerreform auf Umwelt, Beschäftigung und Innovation, Berlin, www.umweltdaten.de/uba-info-presse/hintergrund/oekosteuer.pdf.
- Emnid (2003): Kommunikationsprogramm Zukunft Haus. Bevölkerungsrepräsentative Umfrage. Studie im Auftrag der Deutschen Energieagentur – dena, www.zukunft-haus.info/page/index.php?id=1519
- Hartmann, D. (2004): Die Umsetzung der EU-Emissionshandelsrichtlinie in der Bundesrepublik Deutschland, Diplomarbeit Freien Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften (unveröffentlicht).

- Heinrichs, H.; Peters, H.P. (2001): Climate Change in the Public Sphere. How to study "glocal" issues? An analysis of public communication about (global) climate change and (local) coastal protection. In: Internetdokumentation des internationalen Kongress „Open Meeting Human Dimensions on Global Environmental Change“ vom 6.10. - 8.10.2001, Rio de Janeiro, www.fz-juelich.de/mut/projekte/pdf/tagungsband_rio.pdf.
- Jaeger, C. C.; Renn, O.; Rosa, E.; Webler, T. (1999): Risk, Uncertainty and Rational Action. London.
- Kempton, W.; Boster, J.; Hartley, J. [Kempton et al.] (1995): Environmental Values in American Culture, Cambridge.
- Kuckartz, U. (2000): Umweltbewusstsein in Deutschland 2000, Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, Berlin, www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/umweltbewusstsein2000.pdf
- Kuckartz, U.; Rheingans-Heintze, A. (2004): Umweltbewusstsein in Deutschland 2004. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, Berlin, www.bmu.de/files/broschueren/faltblaetter/application/pdf/umweltbewusstsein2004.pdf.
- Lehmann, A. (2004): „Der Emissionshandel in der öffentlichen Wahrnehmung“, Unveröffentlichte Diplomarbeit, Heidelberg.
- Leiserowitz, A. (2003): American Opinions on Global Warming, Oregon.
- Lorenzoni, I.; Langford, I. (2002): Dealing with Climate Change: The Role of Institutions in the Eye of the Public. In: Biermann, F.; Brohm, R.; Dingwerth, K. (Hrsg.): Proceedings of the 2001 Berlin Conference on the Human Dimensions of Global Environmental Change „Global Environmental Change and the Nation State“, Potsdam, S. 342-351.
- Moritz, A. (2004): Soziale Wahrnehmung und Bewertung von marktwirtschaftlich orientierten Klimaschutzinstrumenten. Einführung eines Emissionshandelssystems in Deutschland, Unveröffentlichte Diplomarbeit, Berlin.
- Pansegrau, P.; Engels, A.; Weingart, P. (2000): Alle reden vom Klima. Kommunikation zum Klimawandel zwischen Wissenschaft, Politik und Massenmedien. In: Forschung an der Universität Bielefeld 22/2000, S. 62-66.
- PETRAS (2005): www.soc.surrey.ac.uk/petras/index.html.
- Rosa, E. A.; Dietz, T. (1998): Climate Change and Society. In: International Sociology 13 (4), S. 421-455.

- Santarius, T.; Ott, H.E. (2002): Meinungen in der deutschen Industrie zur Einführung eines Emissionshandels, Wuppertal Papers 122, Wuppertal, www.wupperinst.org/Publikationen/WP/WP122.pdf.
- Schüle, R.; Hartmann, D. (2005): Klimapolitik als sozialer Lernprozess – Die Umsetzung der EU-Emissionshandelsrichtlinie in Deutschland, JET-SET Arbeitspapier IVa/05, Wuppertal, www.wupperinst.org/Projekte/fg2/3214.html.
- Schüle, R. (2001a): Public Perceptions of Global Climate Change: A Case Study from the Frankfurt Area, Frankfurt a.M.
- Schüle, R. (2001b): Idealtypen in der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung. Eine Fallstudie zur öffentlichen Wahrnehmung globaler Klimaveränderungen. In: de Haan, G.; Lantermann, E.-D.; Linneweber, V.; Reusswig, F.: Typenbildung in der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung, Opladen, S. 141-152.
- Thompson, M. (1997): Cultural Theory and Integrated Assessment. In: Environmental Modelling and Assessment 2, S. 139-150.
- Thompson, M.; Rayner, S. (1998). Cultural Discourses. In: Rayner, S.; Malone, E. (eds.). Human Choice and Climate Change. 4 Vol., Columbus.
- Weber, M. (1988/1922). Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Herausgegeben von J. Winckelmann, Tübingen.
- Wynne, B. (1996): May the Sheep Safely Graze? A Reflexive View of the Expert-Lay Knowledge Divide. In: Lash, S.; Szerszynski, B.; Wynne, B.: Risk, Environment and Modernity, London.
- Zwick, M. M. (2001): Der globale Klimawandel in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit. In: TA-Informationen 4/2001 S. 26-31, www.michaelmzwick.de/gaia4-01.pdf

9 Anhang

Folgende methodische Vorentscheidungen wurden in diesen Arbeiten bei der Zusammenstellung der Fokusgruppen und der Auswahl der Interviewpartner getroffen:

Interviews:

- Zumindest geringe Kenntnisse über den Emissionshandel;
- Auswahl der Interviewpartner nach sozio-demographischen Kriterien (Geschlecht, Alter, Kenntnisstand);
- Repräsentanz von Argumenten, nicht: formale Repräsentativität;
- Induktive und deduktive Form der Auswertung;
- Mehrstufiges Vorgehen über Kurzbefragung (20 Personen), Pretest (3 Personen) und Hauptstudie (15 Personen).

Der Interviewleitfaden umfasste folgende Themen- und Fragenkomplexe:

- Fragen zum Thema Klimaschutz;
- „Sondierungsfragen“ zum Emissionshandel: Kenntnisstand, Wissen über Funktionsfähigkeit;
- Einstellungsfragen zum Emissionshandel;
- Vermutete Auswirkungen des Emissionshandels;
- Handlungsvorschläge;
- Medieninformation/Interesse sowie
- Demographische Angaben zur Person.

Fokusgruppen:

Folgende Auswahlkriterien der im Zeitraum von Ende März bis Anfang Mai 2004 durchgeführten Fokusgruppen wurden angewandt:

- Zusammenstellung von fünf Fokusgruppen mit je fünf bis sieben Teilnehmerinnen und Teilnehmern (insgesamt 30 Personen);
- Moderation von ca. eineinhalb bis zwei Stunden dauernden Sitzungen;

- Möglichst heterogene Teilnehmerauswahl und Gruppenzusammensetzung (nach demographischen Merkmalen Alter, Geschlecht, Familienstand, Bildung, Beruf und Einkommen);
- Paritätische Teilnahme von Frauen und Männern;
- Existierende Gruppen, Teilnehmer sollten sich schon außerhalb der Forschungssituation kennen.

Die Teilnehmer rekrutierten sich aus zwei Berliner Nachbarschaftsvereinen (Bezirk Friedrichshain), einer Nachbarschaftsgemeinschaft aus Düsseldorf sowie Spielern einer Freizeit-Fußballmannschaft sowie deren Lebensgefährtinnen, Freundinnen und Freunden. So war die jüngste Teilnehmerin beispielsweise 24 Jahre, der älteste Teilnehmer 68 Jahre alt. Unter den Teilnehmern waren Arbeitslose, Auszubildende, Studenten, Angestellte, Selbständige und Rentner. Die Mehrheit der Teilnehmer hatte einen akademischen Hintergrund. Alle Fokusgruppen fanden in Privatwohnungen statt.